

Deutsche Freiheit

Einzige unabhängige Tageszeitung Deutschlands

Nr. 271 — 2. Jahrgang

Saarbrücken, Mittwoch, den 5. Dezember 1934

Chefredakteur: M. Braun

Die Fortsetzung
des Kirchenkrieges

Seite 2

Das größte Sulzbach

Seite 3

Paris

über Ribbentrops Bittgang

Seite 4

Das Urteil

gegen die S.A.P.-Genossen

Seite 7

Barthous Sieg

Einigung durch Kapitulation Hitler-Deutschlands auf dem Boden der Barthou'schen Denkschrift

In Rom ist eine Einigung im Dreieranschuß über die wirtschaftlichen Verpflichtungen Deutschlands im Falle der Rückgliederung erzielt worden. Sie sind in jeder Beziehung eine vollkommene Kapitulation vor den französischen Entschädigungsforderungen, wie sie in der sonst in der gleichgeschalteten Presse so gelobten Barthou'schen Denkschrift niedergelegt sind. Zu den 900 Millionen französischen Franken für die Saargruben, Eisenbahnen und Grenzbahnhöfe kommen noch eine Reihe Nebenbeträge, so daß eine Gesamtsumme von 1 Milliarde Franken anzubringen ist. Wie die Sicherungen und die Modalitäten der Exekutionen beschaffen sind, die sich Frankreich vorbehalten hat, geht aus der summarischen offiziellen Mitteilung nicht hervor. Es ist nach den Erfahrungen, die Frankreich und die übrigen Gläubigerländer mit dem Zahlungswillen des „dritten Reichs“ gemacht haben, anzunehmen, daß diese Garantien kaum weniger schwer sein werden als die Schuldsummen.

Bisher hat die Reichsregierung uns durch ihre sogenannten Sachverständigen, gestern noch durch Röschling, erzählen lassen, wie sehr die Saargruben durch die Franzosen heruntergewirtschaftet seien. Röschling hat sogar, wie er nur in sehr verlegenen Wendungen zu dementieren vermöge, einem französischen Journalisten gesagt, man werde keinen Centime an Frankreich zahlen. Dann hat die Reichsregierung auf den ersten vier 600 Millionen Franken an und gab nach wenigen Tagen Verhandlungen noch 400 Millionen Franken zu. Man sieht, wie sehr es dem Regime aus innerpolitischen und Prestigegründen auf die Rückgliederung ankommt.

Nachgeben hat die Reichsregierung auch in der Frage des Schutzes der Nichtabstimmungsgebiete, den sie erst kategorisch verweigert hat. Nun sind alle Saarländer, soweit sie drei Jahre im Saargebiet anwesend sind, unter die internationalen Schutzbestimmungen gestellt. Es sollen also die politischen Emigranten aus, von denen sich ohnehin niemand der Illusion hingeben haben dürfte, daß man sie in einer internationalen Vereinbarung über die Saareinwohner dienen gleichstellen würde.

Wie der Völkerbund seine Schutzverpflichtungen gegenüber den Saarländern für den Fall einer Rückgliederung wahrnehmen will, wird man noch hören. Ausgegeben bleibt hier von der Tatsache, daß einem Staat, der sich nach den häufigen Erklärungen seiner Führer außerhalb der in allen Kulturstaaten üblichen Rechtsbegriffe stellt, die freiwillige Erfüllung von internationalen Schutzverpflichtungen nicht zuzutragen ist.

Ueber die großen politischen Fragen enthält die Einigung von Rom nichts. Die Entscheidung über die Regierungsart bei einer Fortführung des Völkerbundsregimes und über die erweiterte Mitbestimmung der Saarländer, lerner über die Frage einer Rückkehr in das Reich, sobald dieses wieder zu einem modernen Rechtsstaat geworden sein wird, muß in den nächsten Tagen in Genf fallen. Nach den zweimaligen Erklärungen des französischen Außenministers Laval in der französischen Kammer beharrt er auch in den politischen Fragen auf dem Standpunkt Barthous: demokratische Rechte für die Saareinwohner und keine Behinderung

eines späteren Rückgliederungswillens durch Frankreich. Es ist nicht anzunehmen, daß der Völkerbund hinter diesen Angeboten Frankreichs an die Selbstbestimmung der Saarländer zurückbleiben wird.

Das allein aber hat für den Abstimmungslampf, der mit höchster Spannung und Erbitterung im Saargebiet geführt wird, Bedeutung und nicht die Wirtschaftskonvention, die für den Fall der Rückgliederung vereinbart worden ist. Die Saarländer wollen eine Rechtsordnung, die ihnen im Gegensatz zu der im „dritten Reich“ herrschenden Unterdrückung durch eine Parteiliche die Freiheiten europäischer Staatsbürger gewährt. Und sie wollen in Genf das Zugeständnis, daß ihnen der Weg in ein befreites Deutschland offen steht. Diese Erklärung in irgendwelcher Form ist nützlich, obwohl ohnehin feststeht, daß niemand und nichts in der Welt die in ihrem ganzen Denken und Fühlen deutschen Saarländer an der vollen Vereinigung mit Deutschland hindern kann, wenn es nach der Sänderung des Reichs die in einem nationalen Willen geeinte Saarbevölkerung will.

Die Presse Hitlers an der Saar sucht die vollständige Unterwerfung unter die wirtschaftlichen Forderungen Frankreichs der mit Ernüchterung auf die Entschädigungsmilliarden blickenden „deutschen Front“ dadurch zu mildern, daß sie so tut, als sei in Rom die Rückgliederung als gesichert angenommen worden. Das ist natürlich eine große Täuschung. Von den drei im Friedensvertrag vorgesehenen Lösungen der Saarfrage kommen praktisch nur der Status quo und die Rückkehr in das Reich in Frage. Aber nur dieser letzte Fall wirft die Fragen der wirtschaftlichen Ausbeutung zwischen Deutschland und in Frankreich auf, über die jetzt in Rom eine Einigung erzielt worden ist. Ob sie wirksam zu werden braucht, hängt also allein von der Entscheidung der Saarbevölkerung am 13. Januar ab.

Die aber erhebt sich immer mehr gegen Hitler und für ein freies Deutschland. Welch eine Wandlung ist innerhalb weniger Monate eingetreten. Erst stand die Sozialdemokratie mit ihrer Forderung „Nie zu Hitler!“ allein. Dann vereinigten sich Sozialdemokraten und Kommunisten zu einer saarpolitischen Einheitsfront, die das ganze Gebiet bis ins letzte Dorf gegen die Rückgliederung in Bewegung setzt. Noch aber konnte man behaupten, es seien nur Marxisten gegen die Rückgliederung. Geistliche, die sich gegen die Diktatorbarbarei ausprägten, wurden diffamiert. Nun aber ist auch die christliche Front mit zahlreichen Priestern und vielen tausenden Laien ausgerichtet. So wird die Massenbewegung für die Freiheit der Saar gegen das unheimliche und unchristliche „dritte Reich“ immer breiter und entschlossener.

In Rom und in Genf fallen die internationalen Entscheidungen, wie sie durch das internationale Saarstatut aufgeworfen werden.

Im Saargebiet fällt die nationale Entscheidung, die lauten muß und lauten wird:

Gegen die Diktatur des „dritten Reichs“, für Deutschlands Freiheit!

Deutschland verpflichtet sich

Die Unterwerfung unter die französischen Wirtschaftsforderungen

Rom, den 4. Dezember.

Ueber die Einigung des Dreieranschlusses zur Saarfrage wurde eine Mitteilung gegeben, in der es u. a. heißt:

Am Dienstag wird der Dreieranschuß in Genf zusammentreten, um den Bericht zu verfassen, der dem für den 5. Dezember einberufenen Völkerbundsrat vorzulegen ist.

Baron Aloisi dankte, indem er die Arbeiten in Rom schloß, im Namen des Ausschusses den französischen und deutschen Vertretern und Sachverständigen und insbesondere dem finanziellen Unteranschuß des Völkerbunds für die tatkräftige Mitarbeit.

Obwohl über den Inhalt des Abkommens, bevor der endgültige Bericht des Dreieranschlusses dem Völkerbundsrat nicht vorliegt, nichts Abwärtendes gesagt werden kann, werden durch die offiziellen Nachrichten-Agenturen Einzelheiten über das Abkommen bekanntgegeben. Danach ist die deutsche Reichsregierung verpflichtet, im Falle einer Rückgliederung 150 Millionen Reichsmark in französischen

Franken, d. h. 900 Millionen Franken für die Ablösung der Ansprüche des französischen Staates (Saargruben und Stichtbahnen) an Frankreich zu zahlen.

Außerdem wird Frankreich die unskizzierte Ausbeutung der Saargruben, die aus Schächten erfolgt, die auf französischem Gebiet liegen, zugestanden. Die Ausbeutung wird auf fünf Jahre beschränkt und darf eine bestimmte Fördermenge (durchschnittlich 2,2 Millionen Tonnen Kohle) nicht überschreiten.

Ferner hat sich Deutschland verpflichtet, alle Grubenschäden zu bezahlen für die Frankreich rechtlich verantwortlich wäre, die aber erst nach der Volksabstimmung bzw. nach einer eventuellen Rückgliederung festgestellt werden könnten.

Ein Teil der deutschen Schuld muß sofort bezahlt werden, der Rest in fünf aufeinander folgenden Raten nach den vorzusehenden Modalitäten. Bestimmungen und Garantien sind ebenfalls festgelegt.

Was die politischen Fragen betrifft, so können sie

Reichstagsbrandstifter!

Paris, den 4. Dezember 1934.

Der schwedische sozialdemokratische Abgeordnete Branting hat jüngst angekündigt, daß er im Besitze von Dokumenten ist, die das Geheimnis des Reichstagsbrandes klären sollen. Ein Dokument, das zweifellos aus diesem Material stammt, veröffentlicht heute das „Journal“. Obergruppenführer Ernst selbst, der am 30. Juni auf Befehl Hitlers und Görings ermordet worden ist und dessen Ermordung dann Hitler für „rechtmäßig“ erklären ließ, schildert den Vorgang des Reichstagsbrandes.

„Journal“ gibt im Anhang die Unterschrift von Ernst wieder, der in seinem Geständnis erklärt, er habe mit seinen beiden Unterführern Niedler und Mohrenschild den Reichstag angezündet, Ernst sagt, Göring, Goebbels, Röhm, Heines, Klinger sowie Hansjörg und Sander hätten von dem Plan gewußt. Hitler habe erst nachträglich Kenntnis von der Brandstiftung erhalten.

Wir werden morgen den Wortlaut des Ernst'schen Dokuments veröffentlichen. Es wird zweifellos dementiert werden, aber wer in der Welt wird den für die Reichstagsbrandstiftung Verantwortlichen glauben?

Die NSDAP. brauchte den Reichstagsbrand, um große Teile des deutschen Volkes mit der Gefahr eines bolschewistischen Aufstandes zu schrecken und um einen Anlaß nicht nur zum Verbot der kommunistischen Partei, sondern auch zur Unterdrückung der Sozialdemokratie zu finden. Die ganze sogenannte „Legalität“ der jetzigen Reichsregierung, ihre „nationale“ Reichstagsmehrheit, ihre Ermächtigungsgesetze, die Annullierung der kommunistischen und später der sozialdemokratischen Mandate, die Ausweitung der Kanzlerschaft Hitlers zu seiner Diktatur und schließlich seine Selbsterhöhung zum Staatsoberhaupt, das ganze neue deutsche Staatsrecht beruht auf der Unterdrückung der gewalttätigen Auswertung eines kriminellen Schwerverbrechens, der Zubrandsetzung des Reichstagsgebäudes.

In dem Dokument des Brandstifters Ernst wird behauptet, Hitler habe später erfahren, wie der Reichstag angezündet worden ist. Ob das zutrifft oder nicht, ist gleichgültig. Es genügt schon eine unterdurchschnittliche politische Intelligenz, um zu begreifen, daß nicht die Kommunisten, sondern die Nationalsozialisten Mithräter der Reichstagsbrandstiftung waren. Auch Hitler muß das sofort in jener Brandnacht eingesehen haben.

Daß Göring von der Brandstiftung schon vorher gewußt haben muß, ist sicher, denn sonst hätten die Verbrecher nicht aus seinem Palais in den Reichstag gelangen können. Er hat in dem Leipziger Prozeß nicht einen, sondern mehrere Meiride geschworen. Wir haben das seinerzeit genau nachgewiesen. Das Ernst'sche Dokument legt nur den Schlussstrich unter diese Beweisführung.

In genauer Kenntnis der Vorgänge beim Reichstagsbrand hat Göring zahllose Marxisten, Republikaner, Pazifisten in jenen Tagen nach der Brandstiftung einsperren lassen. Diese Opfer sind gefoltert, ermordet, „auf der Flucht“ erschossen worden. Dimitroff und seine bulgarischen Freunde und Torgler wurden unter Anklage gestellt, obwohl kein urteilsfähiger Mensch an ihrer Unschuld zweifelte. Sie wurden von den Schergen der wirklichen Brandstifter in Ketten gelegt. Noch heute ist der vor fast zwölf Monaten freigesprochene Torgler nicht freigelassen. Noch heute sitzen die Thälmann, Merendoff, Schumacher, Ossieky, Küster und viele hundert andere, die unter der Terroraktion nach dem Reichstagsbrand widerrechtlich eingekerkert worden sind, in den Gefängnissen und in den Konzentrationslagern.

Am 30. Juni hat man sich der Hauptmissetäter Ernst, Röhm und ähnlicher Spießgesellen durch Nord entledigt. Die Wahrheit aber lebt, und sie wird vordringen, bis die Verbrecher entlarvt vor aller Welt stehen.

nicht Gegenstand einer deutsch-französischen Vereinbarung sein; ihre Lösung wird in Form von Empfehlungen des Dreieranschlusses an den Völkerbund geknüpft sein.

Die wichtigsten Fragen, über die bereits eine Lösung vereinbart wurde, sind:

1. Persönliche Garantien: Deutschland, das die Garantie, die der Ratsbeschluss vom 4. Juni vorgelesen hat, nur auf die Abstimmden beschränken wollte, hat eingewilligt, sie auch auf die Nichtabstimmden anzuwenden unter der Bedingung, daß die betreffenden Personen am Tage der Abstimmung drei Jahre im Saargebiet anwesend sind;

2. Sozialversicherungen: Die Interessenten behalten ihre Rechte, die sie während des jetzigen Regimes erworben haben.

3. Außerdem ist vorgelesen, daß Bewohner des Saargebietes während der Dauer eines Jahres ungehindert und ohne Beeinträchtigung ihres Vermögens und Vermögens auswandern können.

Ganze Redaktion im Kasten!

„Völker, hört die Signale!“

Berlin, 4. Dezember.

Ganz Berlin spricht von einer Zeitungs-Transitombdie, die sich hier abspielt hat. Das „Acht-Uhr-Abendblatt“, ein einfort des „Kulturvolkshemismus“, gehörte, obwohl es im Mosse-Verlag erschien, zu den großhändlerischen Boulevard-Zeitungen, die sich unter neuer Redaktion sofort gleichschalteten. Aus Anlaß der deutsch-französischen Verständigungsversuche erschien jetzt als Hauptüberschrift eine große Schlagzeile: „Völker, hört die Signale!“ Diese Anfangsworte der Internationale brachte die arme Redaktion in den Verdacht, in getarnter Form den Rom-Bornismus zu propagieren. Jedenfalls erschien ein Wagen der politischen Polizei vor dem Verlagsgebäude, der bald darauf die gesamte Redaktion ins Polizeigefängnis am Alexanderplatz überführte. Erst als sich die Redakteure als treue Sozialisten, sogar als „alte Kämpfer“ legitimieren konnten, wurden sie wieder entlassen. Sie fürsteten jedoch noch Weiterungen, da sich Herr Goebbels mit höchstem Unwillen über die befagte Ueberschrift geäußert hat.

Des „dritten Reiches“ Herzog

In Weimar (Thüringen) hat laut einem Bericht der „Thüringischen Staatszeitung“ Oberregierungsrat Papenbroock (Weimar) in einer von mehr als 2000 Personen besuchten öffentlichen nationalsozialistischen Kundgebung u. a. ausgeführt: Es gäbe heute noch Leute, die glauben, sie könnten ihre eigene Suppe kochen. Man wisse genau, daß sich hier und da noch Herren unter dem Kaiserbild trafen und auf das Wohl Seiner Majestät anstießen. Auch wisse man, daß es Damenkränzchen gebe, die monarchistischen Kaffeeklatsch trieben. Man solle jedoch nicht glauben, daß man Adolf Hitler nur als Werkzeug betrachten dürfe. Die Nationalsozialisten hätten nicht 14 Jahre darum gekämpft, daß man Deutschland abgetastete Monarchien präsentieren könne. Kaiserreich sei keine deutsche, sondern eine römische Angelegenheit. Das deutsche Volk habe sich selbst einen Herzog gewählt, und dieser sei kein anderer als Adolf Hitler.

Naumanns Führer

„La Croix“, die größte katholische Zeitung Frankreichs, veröffentlicht ein Interview mit dem Vorsitzenden des Verbandes der Nationaldeutschen Juden, Dr. Max Naumann, in Berlin.

Auf die Frage, ob er Jude sei, erwiderte Naumann: Verzweiflung, ich bin Deutscher, jüdischen Glaubens! Wir nationaldeutsche Juden hätten es als ein nationales Unglück für Deutschland und für uns nationale Juden gehalten, wenn Hitler nicht die Geschichte des deutschen Volkes in die Hand genommen hätte. Die Mitglieder unseres Verbandes, mehr als 5000 Deutschen, haben wie ein Mann für Hitler bei seiner Wahl zum Reichspräsidenten gestimmt. Hitler ist unser Schicksal. Keiner, außer ihm, wird die Judenfrage lösen können.

Naumann sagte, Hitler habe sich entwickelt, er sei ruhiger, nachdenklicher, reifer geworden; er sei auf dem besten Wege, sich auch in der Judenfrage zu ändern. Dann lesste Naumann den Inhalt des von ihm der Diktatorregierung unterbreiteten Weisungsurteils zur Lösung der Judenfrage aus, in dem drei Arten von Juden zu unterscheiden seien: 1. Die das Gefühl haben, immer Deutsche gewesen zu sein; 2. die Assimilierten; 3. die Konfessionen. Allein 100.000 Juden sind fähig, ein Unterpfand eines erprobten Patriotismus zu liefern, diese allein sollen in die nationale Gemeinschaft Deutschlands bedingungslos aufgenommen werden. Die übrigen 900.000 müssen wie Ausländer behandelt werden, d. h. man müßte beginnen, ihnen die deutsche Staatsangehörigkeit zu entziehen. Sie müßten ihren Geschäften nachgehen, aber der gerimachte Verlust der Einmischung in die Innenpolitik würde für sie die Ausweisung aus dem Lande, dessen Gattfreundlichkeit sie verletzt hätten, nach sich ziehen.

Naumann sagte zum Schluß, der unerlöschliche Patriotismus der nationaldeutschen Juden habe sich selbst die heimliche Bewunderung Hitlers erzwungen.

Diktator Süßengut

Die neudeutsche Zwangsinnung

In ganz Sachsen erhielten alle Handwerksmeister nach dem 15. Oktober von ihren Innungsleitungen Vorschriften nach dem folgenden Muster. Was eine Zwangsinnung ist, soll dem gewerbetreibenden Mittelstande im „Dritten Reich“ offenbar rechtlos klar gemacht werden. Es heißt in dem Erlaß:

Anordnungen

des Obermeisters der Tischler-, Boot- und Modellbau-Innung

Zwickau, den 15. Oktober 1934.

1. Anordnung über Versammlungsbefugnis

Unentschuldigtes Fehlen in einer ordnungsgemäß einberufenen Innungsversammlung, Bezirks- oder Nachgruppenversammlung wird bestraft:

- bei einmaligem Fehlen mit 6 Mark,
- bei zweimaligem Fehlen mit 8 Mark,
- bei dreimaligem Fehlen mit 10 Mark.

Als unentschuldigtes gilt aus Fehlen ohne ausreichenden Entschuldigungsgrund. Entschuldigungsgründe sind nur Krankheit und solche Gründe, die das Erscheinen des Mitgliedes in der Innung tatsächlich unmöglich machen. Geschäftliche Abhaltungen können nicht als ausreichender Entschuldigungsgrund anerkannt werden.

Ungebühr in der Versammlung wird je nach der Schwere des Falles mit Warnung, Verweis und Geldstrafe bis zu 50 Mark bestraft.

Ver spätetes Erscheinen in Innungsversammlungen der Innung, beziehungsweise deren Gruppen, wird mit zwei Mark Geldbuße bestraft, im Wiederholungsfall

Zwei Kirchenregierungen bekriegen sich

Offener Bruch vor aller Welt! - Gewaltakt in der Kirche

Berlin, 4. Dezember.

Diejenigen, die des Glaubens sind, daß eine Steigerung des protestantischen Kirchenkriegs nicht mehr möglich sei, werden jetzt eines anderen belehrt. Die Bekenntniskirche, die sich eine „Kottkirchenregierung“ geschaffen hat, steht in offenem Kriege mit der alten Reichskirchenregierung Müllers. Man bekämpft sich von den Kanzeln. Jede „Regierung“ beweist der anderen ihre Rechtswidrigkeit. Wir verzichten auf Kommentare. Die einfachen Tatsachen sagen alles.

Verweigert Müller den Gehorsam!

Die „Kottkirchenregierung“ der Bekenntniskirche fordert zu Gehorsamsverweigerung gegenüber dem Reichsbischof auf. Die angeschlossenen Pfarrer verlasen eine Erklärung von den Kanzeln, in der es heißt:

„Die bisherige Leitung der Deutschen Evangelischen Kirche ist vor fortgesetzten Verletzungen der Verfassung der Deutschen Evangelischen Kirche sowie der Bekenntnisse und Verfassungen der in ihr zusammengeschlossenen Landeskirchen nicht zurückgeschreckt. Sie hat dadurch schweres Vergehen begangen und das evangelische Deutschland zerrissen.“

Zur Erhaltung der in der Verfassung vom 1. Juli 1933 bearbeiteten Einheit der Deutschen Evangelischen Kirche sind der Bruderrat bei Deutschen Evangelischen Kirche und die Leiter der Landeskirchen von Hannover, Württemberg und Bayern übereingekommen, uns als vorläufiges Kirchenregiment einzusetzen. Wir ergreifen in dieser Stunde höchster Gefahr die Leitung der Deutschen Evangelischen Kirche und wissen uns getragen vom Vertrauen des gesamten im Kampf um Bekenntnis und Verfassung stehenden evangelischen Deutschland. Die Zeit der Mahnungen, der Bitten und der Proteste ist vorüber. Es gilt, zu handeln, um Kirche und Volk vor schwerer Erschütterung zu bewahren.

Diese vielsagende Erklärung wird bekräftigt durch eine Aufforderung an alle Kirchenverbände, alle Beziehungen zur alten Reichskirchenregierung abzubrechen. Die Kundgebung ist unterzeichnet von Karahrens, Koch, Breit, Humburg und Dr. Fiedler, dem Vertreter des in die neue Kirchenregierung gewählten Vizepräsidenten, Reichsgerichtsrat Flohr.

Mobilmachung des Reichsbischofs!

Was tut der Reichsbischof? In Streichers „Fränkischer Tageszeitung“ wird folgendes Telegramm an den Rürnberger Pfarrer Baumgärtner veröffentlicht:

Der Landesbischof D. Marahrens, Präses D. Koch, Oberkirchenrat Breit, Pfarrer D. Humburg und das

S'arke Beanspruchung der Reichsbank

Der soeben bekanntgegebene Reichsbankausweis weist neuerdings eine sehr starke Beanspruchung der Reichsbank auf. Die Ausleihungen stellten sich Ende November auf 2075 Mill. Sie haben also eine Zunahme um 430 Millionen gegen eine Zunahme von 389 Millionen Mark erfahren. Im einzelnen sind unter den Ausleihungen Wechsel um rund 400 Mill. M. gehalten, wobei der Zugang von neuen Arbeitsbeschaffungsweseln wieder eine beträchtliche Rolle gespielt haben dürfte. Wie groß der Zugang von Arbeitsbeschaffungsweseln in den letzten Monaten überhaupt war, geht aus den Reichsbankausweisen nicht klar hervor. Aber die Tatsache daß der offizielle Bericht die bedeutende Rolle diesen Zugangs selbst erwähnt, zeigt deutlich, wie sehr die Reichsbank durch die Arbeitsbeschaffungsweselsverkehr belastet wird. Man muß sich darüber im klaren sein, daß je mehr Arbeitsbeschaffungsweselsverkehr im Fortbestehen der Reichsbank liegen, desto deutlicher kommt der inflationäre Charakter der heutigen Finanzpolitik zum Ausdruck.

Der Zugang an Gold- und Deckungsdevisen betrug nur 20 Millionen M., so daß der Gold- und Devisenbestand sich auf nur 82,7 Millionen M. stellt, während er am 31. Oktober immerhin noch 80,5 Millionen betrug. Der gesamte Zahlungsmittelumsatz ist indessen etwas gestiegen. Er betrug 5756 Millionen gegen 5732 Millionen im Oktober.

mit drei Mark. Die gleichen Strafen werden fällig bei vorzeitigem Verlassen der Versammlung.

Nichtbefolgung von sonstigen Vorschriften des Obermeisters, die die Versammlungsleitung betreffen, wird mit Geldstrafe in Höhe von 20 Mark bestraft.

2. Anordnung über Form von Einladungen zu den Innungsversammlungen.

Die Einladungen zu den Innungsversammlungen, Bezirks- und Nachgruppenversammlungen erfolgen künftig im Mitteilungsblatt „Junk und Gilde“ der Kreisbandwerkerschaft Zwickau unter der Rubrik „Versammlungskalender“. Die Einladungen in „Junk und Gilde“ gelten als schriftliche Einladungen im Sinne von Paragraph 25 der Innungsstatuten. Eine schriftliche Einladung an jedes einzelne Mitglied ergeht also, abgesehen von der ersten Innungsversammlung, regelmäßig nicht mehr. Die Mitglieder der Innung sind daher verpflichtet, das Mitteilungsblatt „Junk und Gilde“ jedes sofort nach Erhalt genau durchzulesen. Das Mitteilungsblatt erscheint regelmäßig alle 14 Tage. Schriftliche Einladungen der einzelnen Mitglieder erfolgen künftig nur in besonderen oder in dringenden Fällen.

3. Wer einer Aufforderung des Obermeisters zur Abgabe von Änderungen oder Auskünften nach einmaliger Mahnung nicht nachkommt, wird mit 10 Mark Strafe belegt.

Wer unwahre Angaben macht, wird mit einer Strafe von 20 Mark belegt.

B. Süßengut, Obermeister.

Arme deutsche Handwerker, deren Obermeister nur läche und gute Namen tragen!

juristische Mittelteil E. S. Fiedler hat in einem „Kott“-blatt an sämtliche Gemeinden mitgeteilt, daß der Bruderrat der Deutschen Evangelischen Kirche und die Leiter der Landeskirchen von Hannover (Luth.), Württemberg und Bayern übereingekommen seien, sie als „vorläufiges Kirchenregiment einzusetzen“ zur Erhaltung der in der Verfassung vom 1. Juli 1933 bearbeiteten Einheit der Deutschen Evangelischen Kirche.

Ich stelle vor aller Öffentlichkeit fest, daß diese Herren den Boden der Verfassung vom 1. Juli 1933 verlassen haben.

Diese Verfassung ist rechtsgültig. Nach dieser Verfassung ist der Reichsbischof rechtsgültig in seinem Amt als Führer der Deutschen Evangelischen Kirche. Wer sich dem eingangs erwähnten illegalen „Kirchenregiment“ unterstellt, verläßt den Boden der Verfassung, unterstellt sich einem verfassungswidrigen und damit rechtswidrigen Kirchenregiment und muß sich darüber klar sein, daß er alle sich daraus ergebenden Rechtsfolgen zu tragen hat. . . .

Auf Grund der Reichskirchenverfassung vom 1. Juli 1933 verbiete ich allen Pfarrern und Beamten der Kirche, sich jenem verfassungswidrigen „vorläufigen Kirchenregiment“ zu unterstellen.

Berlin, den 27. November 1934.

Ludwig Müller, Reichsbischof.

Die eine Kirchenregierung verbietet also die andere. Müller glaubt nach wie vor, sich im Sattel zu sein, sicher des Vertrauens seines „Führers“. Sonst würde er diese Sprache nicht wagen, am wenigsten in Bayern, wo der Landesbischof Meiser wieder in seine Rechte eingesetzt wurde.

Telegramm an Meiser

Sie haben . . .

Im Namen tausender evangelischer Volksgenossen“ wurde folgendes Telegramm an den bayerischen Landesbischof Meiser aus Nürnberg gerichtet: „Sie haben den Pfarrer und Parteigenossen Karl Brunnacker vom Dienst entlassen und ihn in ein hochnotpeinliches Verfahren genommen. Die Enthebung erfolgte nicht, weil sich Pfarrer Brunnacker am Altar oder auf der Kanzel dienwidrig verhielt, sondern weil er als Nationalsozialist seinen Parteigenossen Mitteilungen über eine Pfarrerkonferenz machte, in welcher haarscharf feindliche Erklärungen abgegeben wurden. Sie haben seine Rücksicht auf die vier Kinder des Pfarrers Brunnacker genommen und haben die Enthebung des Vaters dieser Kinder wenige Wochen vor dem Christfest vollzogen, über dem geschrieben steht: „Friede den Menschen auf Erden.“ Dandelt so christliche Nächstenliebe? Was würde Christus zu Ihrer Tat sagen, wenn er noch unter den Menschen weilte?“

ges.: Schied, Bäckermeister, Nürnberg.
Lito Viebel, Major a. D., Nürnberg.
Georg Rühl, Hauptlehrer, Nürnberg.“

Mar Jhandeau in Moskau

Paris, 4. Dezember.

Von unserem Korrespondenten

Am Samstagabend ist der französische Handelsminister Mar Jhandeau nach Moskau abgereist, wo zwischen ihm und den zuständigen sowjetrussischen Stellen Verhandlungen über den Waren Austausch zwischen Frankreich und Rußland stattfinden sollen. Bekanntlich läuft der provisorische französisch-russische Handelsvertrag mit Jahresfrist ab. Die Vorarbeiten für die Verlängerung sind nach den von autoritativer Seite gemachten Mitteilungen schon in Angriff genommen und gut fortgeschritten. Die Moskauer Wirtschaftszeitung „Za Industrializaciju“ bringt hierüber einen sehr interessanten Artikel. Es heißt da:

„Man müsse sich der Worte Litwinows anläßlich der Tagung des Zentral-Exekutiv-Komitees der Sowjetunion im Dezember 1933 erinnern: Unsere Beziehungen zu Frankreich erfordern eine gewisse wirtschaftliche Basis.“ Nachdem das Blatt die russische Meinung zum Ausdruck gebracht hat, die Wirtschaftsbeziehungen zu Frankreich müßten lebendiger gestaltet werden, meint es, daß die russischen Waren im französischen Import nicht die Stellung einnehmen, die sie 1914 gehabt hätten. Andererseits mache der französische Export nach Rußland nur ein halbes Prozent des gesamten französischen Exportes aus. Und für den russischen Leiter eines Unternehmens oder den Ingenieur bezieht Frankreich noch immer eine Art Abstraktum gegenüber Deutschland, den Vereinigten Staaten und England, deren Waren sendungen nach Rußland viel bedeutender seien. Nun habe aber Frankreich nach dem Kriege seine industrielle Stellung und seinen industriellen Apparat beträchtlich vergrößert. Es habe Industriezweige geschaffen, die wohl fähig seien, mit denen anderer Länder zu konkurrieren, vor allem im Hüttenwesen, in der Elektrotechnik und im Schiffbau.

Dann spielt „Za Industrializaciju“ auf die Kammerrede Margaines über die Vantilität der sowjetrussischen Zahlungen an und meint, der Handelsvertrag müsse die deutsche Möglichkeit enthalten. Es handele sich nicht um Transaktionen, die einen provisorischen Charakter hätten oder der Augenblicksnotwendigkeit unterliegen. Die Frage müsse in ihrer ganzen Ausdehnung gestellt werden.

„Es handelt sich“, so schließt das Blatt, um die Stellung, die Frankreich im russischen Außenhandel einnehmen wird, um den Platz, auf den es seiner Struktur und seiner wirtschaftlichen Möglichkeiten nach ein Recht hat, und um den tiefgreifenden Umwälzung des politischen Verhältnisses zwischen den beiden Ländern. Sowjetrußland hat für mehrere Jahre im Voraus seinen Wirtschaftskurs und seine Bedürfnisse fest. Eine gemeinsame Arbeit zur Realisation dieser für beide Länder so wichtigen Fragen ist sehr wesentlich für das Band der französisch-russischen Annäherung.“

Stalln in Leningrad

Moskau, 3. Dezember.

Der Führer der kommunistischen Partei Rußlands, Stalin, der Kriegsminister Woroschilow und noch andere führende Parteimitglieder sind im Sonderzug nach Leningrad gefahren, wo sie nach Ankunft sich sofort nach dem Laurischen Palais begaben. Hier ist die Leiche des ermordeten Nitrow aufgebahrt worden. Im Laufe des geringen Tages sind Hunderttausende von Arbeitern, Bauern, Rotarmisten und staatlichen Beamten an der Leiche vorbeigezogen.

Der Mörder hat die Tat bereits gestanden, aber über die näheren Zusammenhänge und die politischen Hintergründe des Attentats ist nach wie vor noch nichts bekannt. Man erwartet jedoch, daß die GPU, in den nächsten Tagen ein längeres Kommuniqué veröffentlicht wird.



Für DEUTSCHLAND gegen HITLER

Ein Pfarrerbrief, der nach Geni ging

Am 6. Januar: das „Größere Sulzbach“!

Immer stürmischer erhebt sich in allen Schichten des Saarvolkes, in allen Orten und Betrieben der Ruf nach einer neuen Ausdehnung aller Hitlergegner des Saargebietes nach einem „Größeren Sulzbach“!

Die Einheitsfront des Saargebietes hat deshalb beschlossen, das ganze Saarvolk zu einem

Riesen-Massenaufmarsch in Saarbrücken

anzuführen. Als Tag dieses Aufmarsches ist bei der Abstimmungskommission und bei der Regierungskommission der

6. Januar 1935

beantragt worden.

Gleichzeitig richtet die Einheitsfront an alle Organisationen und Verbände des Saargebietes, die gegen Hitler sind, den Appell, unbeschadet ihrer besonderen weltanschaulichen und sonstigen Ziele und Bestrebungen, die Beteiligung an diesem Aufmarsch zu beschließen.

Wenige Tage vor der Volksabstimmung wird in Saarbrücken der hunderttausendfache Marschtritt der Volksfront die Niederlage Hitlers und den Sieg des Status quo anklagen!

Die Einheitsfront des Saargebietes.

Sie können auch schweigen

Wir erleben mitten in diesem wilden Abstimmungstempel ein seltsames Wunder. Aus dem Meere der wilden Agitation ist plötzlich eine Insel des Schweigens aufgetaucht, die von allen braunen Kapitänen respektiert wird. Ueber die Gründung des Deutschen Volksbundes für christlich-soziale Gemeinschaft, das wichtigste Ereignis dieser Wochen, haben bisher weder der deutsche Rundfunk, noch die deutsche Presse mit einem einzigen Wort berichtet.

Die geschwägten sind sonst die Mundstücke des Herrn Goebbels! Jedes Körnchen wird aus dem Schmutz ausgepickt, um es als Beispiel der Intelligenz der Status-quo-Anhänger zu offerieren. Es gibt einen besonderen Saarlaut, gleichsam ein Sprichwort, und die in Saarbrücken ansässigen Korrespondenten der Hitlerpresse im Reich irren ständig auf der Jagd nach Nachrichten umher. Nur die Erhebung des christlichen Saarvolkes haben sie noch nicht bemerken dürfen. Nicht einmal, als die ihnen gefinnungsverwandten Zeitungen an der Saar in langen Aufsätzen zu diesem hochpolitischen Ereignis Stellung nahmen.

Wir wollen das Geheimnis dieses lächerlichen Verstummens enthüllen. Herr Bürdel gab den Befehl dazu aus Propagandaministerium weiter. Schon am Samstagfrüh lag auf allen hitlerdeutschen Zeitungsredaktionen einer der üblichen diktatorischen Zensurbefehle: Ueber die Gründung des Deutschen Volksbundes für christlich-soziale Gemeinschaft an der Saar darf vorläufig nichts veröffentlicht werden. So schwiegen sie alle. So erfuhr auch der deutsche Zeitungsläser bis zur Stunde über den Kampf der Saar-Katholiken gegen Hitler und sein System nicht ein Sterbenswort.

Die Gründe? Man braucht nicht lange nach ihnen zu suchen. Die deutsche Propaganda hat bisher davon gelebt, die Anhänger des Status quo als „Emigrantenpack“, „Landfremdes Gefindel“, „Juden und Judengenossen“ zu bezeichnen. Dieses wirksame Alibi kann nicht mehr verwandt werden, wenn die deutsche Öffentlichkeit erfährt, daß große Teile der Saar-Katholiken heute gegen die Mitgliedschaft an Hitlerdeutschland sind; daß mehr als 70 amtierende katholische Priester und hervorragende katholische Laien an der Gründung des Volksbundes beteiligt waren.

Das ist der eine Grund. Der andere ist nicht schwieriger zu erkennen. Man will die Katholiken im Reich nicht im Widerstande gegen den braunen Terror ermutigen. Man will sie weiter im Glauben lassen, daß die Katholiken an der Saar keinen anderen Gedanken haben, als so schnell wie möglich vom „Dritten Reich“ lebend umschlossen zu werden.

Darum schweigt der Rundfunk. Darum ist die deutsche Presse stumm. Das für diejenigen, die es noch nicht gemerkt haben sollten.

Zum Fall „Westland“

Eine Erklärung Thalheimers

Die Saarbrücker Zeitung veröffentlicht folgenden Brief: Zu dem in Nr. 319 der „Saarbrücker Zeitung“ veröffentlichten Artikel „Westland als Symptom“ bemerke ich folgendes:

Es ist unwahr, daß mich die Einsicht, die Status-quo-Bewegung entspreche sich umso deutlicher als ein ausichtsloses Abenteuer, je näher der Abstimmungstag komme, „verkaufstreu“ gemacht hätte, daß ich die mir gebotene Gelegenheit, den Lesern zu verifizieren, meinen Gedankengang zu erläutern und mich zu empfehlen“ benutzt hätte.

Wahr ist, daß „Westland“ verkauft wurde, weil Erhard Weihenberg in arglistiger Weise vertauschte, er wolle die Zeitung sanieren und darüber hinaus noch mit größeren Beiträgen unterstützen. Beweis: der in Nr. 47 des „Westland“ veröffentlichte Brief an Weihenberg vom 8. November 1934. Wahr ist, daß ich von der Kaufsumme keinen Centime erhalten habe, sondern daß sie ausschließlich zur Befriedigung von „Westland“-Gläubigern benutzt wurde.

Wahr ist schließlich, daß ich nach wie vor in Saarbrücken wohne und mich nicht zu „empfehlen“ gedauert.

Schachthausvater!

Dr. E. Thalheimer.

Ein Terror-Fall

Saarbrücken, 4. Dezember.

Während dieses Abstimmungstempels hat es viele Beispiele des Terrors gegeben, die ein Höhe auf die freie und unbefristete Saar-Abstimmung gewiesen sind. Nun aber wurde der „Saar-Volksstimme“ ein Brief übermittelt, der alles bisher Erlebte in den Schatten stellt. Der Schreiber ist ein protestantischer Pfarrer, die Empfängerin die Mutter eines Jungen, die als Antifaschistin bekannt ist. Dieser Brief mag für sich selbst sprechen:

Abtschrift

Evangelisches Pfarramt
Güdingen / Saar
Tab. Nr. 365

1. Dezember 1934

Frau
Wilhelmine Michel

Güdingen

Bübingen Str. 146

Ich bestätige Ihnen den Eingang Ihrer beiden Briefe. Im ersten melden Sie Ihren Sohn wegen angeblicher Verletzung infolge Ihrer Zugehörigkeit zu einer antifaschistischen Bewegung durch meine Pfarrschüler vom Pfarrunterricht ab. Im zweiten drohen Sie, „die Sache weiter gehen zu lassen“.

Daraus, daß Sie Ihren Sohn ohne vorherige Besprechung mit mir einfach abgemeldet haben, muß ich wohl schließen, daß Sie bei mir nicht damit rechnen, daß ich Ihren Sohn schützen würde. Aber Sie befinden sich im Irrtum! Einmal weiß ich, daß, wenn Ihr Sohn wirklich belästigt worden sein sollte — die von Ihnen namhaft gemachten bestreiten es lebhaft —, Ihr Sohn unter der Schuld der Eltern zu leiden gehabt hätte. Andererseits ist es völlig gegen unsere deutschen Grundgesetze, daß die Anhänger des Status quo hier auf dieser Erde weder jezt noch nach dem 13. Jan. für ihre Schuld von Menschen bestraft werden. In diesem Sinne habe ich meine Pfarrschüler verwahrt.

Ich möchte aber nicht verkennen, Sie mit allem Ernst darüber aufzuklären, daß Sie mit Ihrer gegenwärtigen politischen Haltung eine furchtbare Schuld auf

sich laden. Gewiß können Sie darauf hinweisen, daß Sie nach den Bestimmungen des Versailler Diktates „Jesaja“ handeln. Aber lassen Sie es sich von einem Mann, der in Ihrer Presse einmal als „ehrlich“ bezeichnet worden ist wegen seiner Zugehörigkeit zur Befennniskirche, ganz deutlich sagen: Sie handeln im höchsten Grade unmoralisch! Hände weg vom Vaterlandsverrat! Hände weg vom politischen Ehebruch! Wenn in unsere Befennniskirche niemand aufnommen wird, der auch nur im verborgenen Winkel seines Herzens Status-quo-Gedanken beherbergt, so müssen Sie wissen, daß diese notwendige Bedingung aus unserem evangelischen Christentum geboren ist. Nach der Bibel hat Gott die Menschen zu verschiedenen Völkern und Geschlechtern werden lassen. Er hat ihnen auch die Grenzen anzuweisen, wie weit und wie lange sie wohnen sollen. Sie wollen diese Ordnung Gottes durch einanderbringen, indem Sie in Stille des Landes von Deutschland losreißen wollen, um es gemäß den antifaschistischen Grundgesetzen in einem internationalen Völkerbündnis unternehmen zu lassen. Das ist der Frevel dieser Ordnung, die Gott dieser Erde anordnet hat.

Wenn Ihnen auch die politische Einsicht fehlt, daß Hitler nicht der Verführer, sondern der Retter unseres Vaterlandes ist, so verschließen Sie sich doch wenigstens dieser evangelischen Erkenntnis nicht. Nehren Sie radikal um, damit Sie nicht zu denen gehören, denen wir uns schämen müssen! Ich wünsche Sie in der Hoffnung, daß Sie sich dieser ersten Warnung nicht verschließen.

gez. Weihenberg, Pf.

Ein Pfarrer, der derartigen Gewissensterror gegen seine Pfarrkinder ausübt, ist nicht würdig, das geistliche Amt zu tragen. Selbstverständlich wird er dem Staatsanwalt überantwortet werden müssen. Darüber hinaus aber fragen wir die Abstimmungskommission, was sie zu tun gedenkt, um diese erbärmliche, nichtswürdige und unerhörte Einflussnahme im Abstimmungstempel unmöglich zu machen. Durch einen Zufall haben wir Kenntnis von dem Schreiben erhalten. Wie viele Dokumente bleiben der Öffentlichkeit vorzuenthalten?

Wir fügen noch hinzu, daß dieser Brief dem Völkerbündnisrat im notariell beglaubigten Original übermittelt wurde.

Entlarvte Gestapo-Agenten

16000 Franken fließen in den Freiheitskampffonds

Während am Sonnabend die „Saar-Volksstimme“ durch Veröffentlichung der Teilliste der Clemenceau-Saarbrücken buchstäblich aus den Händen gerissen wurde, erlebte das Saargebiet am darauffolgenden Tag eine neue Sensation. Das kommunistische Organ, die „Arbeiter-Zeitung“, veröffentlichte Enthüllungen über den Verstoß der Gestapo-Agenten, die KP zu bezichtigen und eine Liste der im „Dritten Reich“ illegal tätigen Parteimitglieder zu erhalten. Die Gestapo-Agenten sind jedoch durch das mutige Handeln eines kommunistischen Arbeiters entlarvt und hinter Schloß und Riegel gefickt worden, wobei die Hitleragenten auch noch 16000 Fr. für den Status-quo-Kampf bezahlt haben. Darüber berichtet das kommunistische Blatt u. a. wie folgt:

Der Arbeiter X. lebte mit seiner Frau als Emigrantin in Saarbrücken. X. besam Arbeit als Pflichtarbeiter auf der Arbeitsstelle in Burbach. Eines Tages wurde er von dem städtischen Aufseher Steinbach durch das mutige Handeln eines kommunistischen Arbeiters entlarvt und hinter Schloß und Riegel gefickt worden, wobei die Hitleragenten auch noch 16000 Fr. für den Status-quo-Kampf bezahlt haben. Darüber berichtet das kommunistische Blatt u. a. wie folgt:

Natürlich verlangte Steinbach für seine „Liebeswürdigkeit“ von dem Arbeiter X. Material über die Kommunisten an der Saar. Im Einverständnis mit der KP brachte der Arbeiter X. einige Male vollkommen unbedeutendes, lächerliches und irreführendes Material. Steinbach fiel stets darauf herein und schenkte dem Arbeiter X. immer größeres Vertrauen. Eines Tages sagte er zu ihm, ob er nicht in der Lage sei, illegales Adressen-Material aus dem Reich zu beschaffen. Er könne schweres Geld dafür bezahlen, denn, so betonte Steinbach, die Kommunisten geben im Reich immer mehr Material heraus und Wöring würde keine Ausgabe scheuen, um das zu erreichen.

Einige Tage später teilte der Arbeiter X. dem Gestapo-Nährer Steinbach mit, daß er Verbindung zu einem Kommunisten habe, der an diese Adressen herankommen könne. Auch das glaubte Steinbach und bot ihm einen Preis.

Steinbach lud zu Freitag nachmittags 2 Uhr den Arbeiter X. in seine Wohnung. Hier fand eine Sitzung statt, bei der anwesend waren: Der Gestapoleiter an der Saar, Steinbach, Gestapoleiter Stoll aus Frankfurt, Gestapoleiter Vogert aus Zweibrücken und ein Gestapomann Jakob aus Saarbrücken und der Arbeiter X. Man beschloß, sofort nach Zweibrücken zu fahren.

Um 4 Uhr ging die Reise los. Mit einem eleganten Wagen (Saar 16 696) fuhr man im Blüthenpost direkt in das Zweibrücker Hauptquartier der SS und Gestapo, Umlandstraße 52. Der Vorkühler war hier ein gewisser Kennet aus Ludwigshafen am Rhein, der zugleich mitteilte, daß alles, was geplant sei.

mit der ausdrücklichen Billigung des Saarbevollmächtigten der Reichsregierung, Bürdel, geschehe!

Dem Arbeiter X. wurde versichert, daß es nach geplanter Aktion sofort ins „Dritte Reich“ kommen solle und dort eine neue Wohnung und eine entsprechende Verlohnung erhalte. In derselben Sitzung wurde auch der genaue Plan über den Ueberfall auf das kommunistische Parteihaus am Freitagabend festgelegt. Der Arbeiter X. wurde beauftragt, zusammen mit Steinbach und noch einem anderen an dem Ueberfall teilzunehmen, um zu versuchen, wichtige Dokumente in die Hände zu bekommen.

Nach der Sitzung fuhren die Teilnehmer zurück nach Saarbrücken, gingen zur Deutschen Bank, wo Steinbach 2000 Reichsmark bei Direktor Frohwein in Fronten umwechselte. Er erhielt dafür 18000 Franken.

Abends um 8 Uhr trafen sich dann, wie verabredet, der Arbeiter X., Y. und Steinbach vor der Bergwerksdirektion. Vorher hatte Steinbach zu dem Arbeiter X. gesagt: „Du fennst so das Material, wenn es echt ist, dann trete mit auf den Fuß, und ich gebe dem anderen das Geld.“

Der Arbeiter Y. teilte mit, daß er die Adressen mitgebracht habe. Selbstverständlich waren diese Adressen alle Fantasieprodukte; weder Namen noch Straßen und die entsprechenden Orten vorhanden.

Yrenbeiträgend sagte Steinbach: „Geben Sie die Adressen.“ Aber Y. sagte: „Geben Sie mir erst 1000 Geld.“ Plötzlich holte Y. die „Adressen“ aus der Tasche und hielt sie in der rechten Hand.

Daraufhin trat der Arbeiter X. dem Steinbach auf den linken Fuß, worauf dieser „Alte“ Gestapoleiter sofort 16000 Fr. ausstellerte. Die restlichen 2000 Fr. hatte er inzwischen schon unterrichtet.

Y. gab ihm dann die fraglichen Adressen. Diese Szene endete so, daß Steinbach zu Y. sagte: „Sie sind jetzt ein gemachter Mann. Nehren Sie mit dem nächsten Zug nach Paris, ich gebe Ihnen die Adresse der Anlaufstelle der Gestapo in Paris.“ Und tatsächlich gab Steinbach die Adresse.

Arbeiter Y. lieferte sofort die 16000 Fr. an die kommunistische Partei ab. Diese nette Summe ist ein schöner Beitrag der Gestapo für den Sieg des Status quo an der Saar und wird fernerhin in einem Teil verwandt werden, zur Unterhaltung der Frauen und Kinder von im Reich durch die Gestapo ermordeter Arbeiter.

Nach 9 Uhr machte X. der Partei von dem geplanten Ueberfall Mitteilung, so daß die Schutzwache des Parteihauses entsprechend verstärkt werden konnte.

Um 11 Uhr fuhren zwei schwere, elegante Personswagen, voll besetzt mit Gestapo und SS, an die beiden Ecken der Bergwerkstraße. Drei Mann, unter ihnen Steinbach, gingen mit entschlossenen, amerikanischen Revolvern zum Parteihaus, schlichen die Treppe zu den Büros hoch.

Als sie sich im Vorraum zu den Büroräumen befanden, ging plötzlich das Licht an und die drei wurden umzingelt von der Schutzwache, die aus den Zimmern kam.

Natürlich war der Empfang sehr herzlich, alle drei lobten wie die Helden. Der Vetter der Schutzwache fiel sofort das Ueberfallkommando an, das er dann entwarf, als die beiden SS-Korps mit Revolvern abfuhren und dabei Steinbach zurückließen. Die beiden Wagen trugen die Nummern 16 696 und 19 488. Steinbach und die Anwesen eines Wagens konnten in späterer Nacht festgenommen werden.

Paris über Ribbentrops Bittgang

Paris, den 4. Dezember 1934.

Nachdem es Herrn von Ribbentrop ausgedehnt gelungen war, die Öffentlichkeit glauben zu machen, daß er nur nach Paris gekommen sei, um sich mit den französischen Frontkämpfern zu unterhalten, hat er in aller Stille seinen Besuch beim Außenminister Laval vorbereiten können. Als er am Sonntagmittag diesem im Quai d'Orsay seine Aufwartung machte, glaubte man ihn schon längst in Berlin. Die Heberatschuna ist denn auch allgemein, und ein großes Häuflein hat über den Inhalt der Unterredung Laval-Ribbentrop begonnen. Wenn auch die französische Presse im allgemeinen nichts dagegen einzuwenden hat, daß Paris und Berlin direkte Gespräche führen, so findet man doch in den Zeitungen aller Richtungen immer wieder Mahnungen zur Vorsicht. Man hat eben zur Außenpolitik des „dritten Reiches“ kein Vertrauen.

Im „Figaro“

heißt es: „Berlin wäre nicht empört darüber, eine internationale Abklärung bei den inneren Schwierigkeiten des Hitlerregimes zu finden, wenn das Spiel gelänge, würde dies für Adolf Hitlers Prestige nur von Vorteil sein. Mißglückt es, dann habe er die Aussicht, die gemeinsame französisch-englische Front in der Frage der Aufrüstung zu trennen, die man widerwärtigweise mit der Frage des Ostpaktens eng verknüpft habe.“

Niemals sei Wahrsamkeit für die Weiter der englischen und französischen Politik mehr notwendig gewesen, wenn sie nicht die besten Aussichten für die Sicherheit und den europäischen Frieden einer Politik von Altruismus und übertriebenen demagogischen Angeboten opfern wollten.“

In anderer Stelle meint

Wladimir d'Ormesson

im gleichen Blatt, man werde noch über die Frage der deutschen Aufrüstung an dem Tage reden, wo die Bomben von selbst vom Himmel fallen würden. Eins sei vor allem sicher. Wenn Frankreich von neuem, wie das sehr wahrscheinlich sei, zu Verhandlungen schreite, die sich auf die Frage der Rüstungen bezögen, dann wäre es reiner Wahnsinn, sich auf Rußland und auf die Sicherheiten zu verlassen, die der Ostpakt bieten würde, und die doch mehr oder minder illusorisch seien. Auf England müsse man sich stützen. In enger Rüstung mit England und Italien müsse man das Problem betrachten. Bereit mit England und Italien müsse man, wenn es not tue, handeln.

Édouard Bailby erinnert im

„Jour“

an die lange Unterhaltung, die Herr Ribbentrop mit den französischen Frontkämpfern gehabt hatte. In deren Verlauf hätten diese ihm gesagt: „Gut, wir geben zu, daß Sie von Frankreich nichts fordern. Aber wozu dann diese Rüstungen? Gegen wen sind sie gerichtet? Sagen Sie es. Halten Sie uns für lächerlich. Nehmen unsere Verbündeten anzuschließen, die mit uns Schulter an Schulter kämpfen? Und gegen wen Sie auch immer Ihre Waffen richten werden, leben Sie nicht, daß Sie damit Europa in Flammen setzen?“ Bailby schließt, auf diese Fragen müsse man zuerst eine Antwort haben; dann werde man die Gespräche weiterführen können.

Der

„Matin“

weiß zu berichten, daß am den 3. Dezember der Herr von Ribbentrop mit den französischen Frontkämpfern auch der Inhalt aller deutschen Frontkämpferverbände, Ober- und Unteroffiziere teilgenommen habe; dieser sei aber am Sonntag noch vor Ribbentrops Besuch bei Laval wieder nach Berlin abgereist. Ribbentrop habe Laval Deutschlands Wunsch ausgesprochen, nicht nur mit Frankreich, sondern mit allen europäischen Völkern sich zu verständigen. Er habe dem Außenminister seine Überzeugung ausgedrückt, daß die Saarabstimmung sich in größter Ruhe abwickeln würde und Frankreich so über Deutschlands alte Absichten urteilen könnte. Laval habe seine vor der Kammer abgegebenen Erklärungen und die in der Diskussion gehaltenen Reden seinem Besucher erläutert.

Fertinax

mißt Ribbentrops Besuch bei Laval an und für sich nur geringe Bedeutung bei. Er sagt im „Echo de Paris“, der gleiche Abgelandte des Führers, beauftragt insbesondere mit der Wahrnehmung der Abrüstungsfragen, sei im letzten Sommer von Doumergue und Barthou empfangen worden, ohne daß man sagen könne, er habe sie durch sein diplomatisches Geschick und sein Sachverständnis strapaziert. „Er hat mir kindliche Reden gehalten“, sagte Barthou. Aber Ribbentrops Bedeutung ist andersartig.

Dieser ehemalige Zeitreisende werde als Propagandist verwendet, obwohl er daran denke, die Führung der Politik in der Rue de Ville zu erhalten. Die Mission, deren er sich gegenwärtig unter den ehemaligen Kriegsteilnehmern zu entledigen suche, bestehe darin, Frankreich an der Organisation seiner Bündnisse zu hindern, weiter daran zu hindern, daß es mit Sowjetrußland und der Türkei eng zusammenarbeite und seine Armee verstärke, um der deutschen Aufrüstung die Stirn bieten zu können. Damit stimmen die Angebote „einer direkten Verständigung“ überein, die von Adolf Hitler freigebig gemacht würden und mit denen sein „Reisender“ haustere.

Französisch-englische Unterhaltung?

London, 4. Dezember.

Die Pariser Unterhaltungen des Herrn von Ribbentrop und sein Besuch bei Laval haben in den hiesigen politischen Kreisen lebhafteste Aufmerksamkeit hervorgerufen.

In gewissen konservativen Kreisen, wo man glaubt, daß das beste Mittel Deutschland nach Genf zurückzubringen, darin bestünde, ihm aus freiem Antriebe die militärische Gleichberechtigung zuzubilligen, sieht man die baldige Eröffnung von neuen französisch-englischen Unterhaltungen voraus. Sie sollen die Schaffung einer gemeinsamen Haltung der beiden Länder zum Ziel haben. Man meint also, daß Ribbentrops Pariser Besuche das Vorzeichen zu wichtigen diplomatischen Ereignissen bedeuten.

Um den Ostpakt

Stimmen aus Polen

Warschau, 4. Dezember

Hier vertritt man allgemein die Auffassung, daß Polen in der Frage des Ostpaktens keine Entscheidung treffen werde, bevor die Ergebnisse der französisch-deutschen Verhandlungen bekannt sein werden und vor allem nicht vor der Saarabstimmung. Diese Auffassung findet man auch in den zwei Zeitungen des Regierungsblok, dem auf seinem rechten Flügel stehenden „Gazet“ und dem „Panistwo Prace“, dem Organ der „Jungen Legion“, die radikal gerichtet ist.

Erst nach der Saarabstimmung, schreibt „Gazet“ werde man die Aussichten einer französisch-deutschen Annäherung beurteilen können. Anfolgedessen müßten bis dahin alle diplomatischen Verhandlungen, die sich mit Rußlandsfragen oder mit dem Ostpakt beschäftigten, natürlicherweise vertagt werden.

Das Blatt meint weiter, der Ostpakt würde, wenn man ihn hätte und unüberlegt unterzeichnete, nur eine Fiktion bleiben, während er eine Basis für den Aufbau werden könnte, wenn man ihn langsam reifen lasse und sein Inhalt mehr benützt werde.

Im „Panistwo Prace“ heißt es, welche Meinung auch immer die französische oder deutsche Presse vertritt, man könne schon jetzt sagen, daß die polnische Regierung keine zu schnelle Entscheidung treffen werde, in keinem Fall, bevor nicht die französisch-deutschen Angelegenheiten geregelt seien.

Bal ikom-S aa'en für den Ostpakt

Tallin, 3. Dezember.

Hier fand die Taanna der baltischen Entente statt, der Lettland, Estland und Litauen angehören. In einem offiziellen Kommuniqué erklärten die Außenminister der drei Länder u. a. noch einmal feierlich, daß sie bereit seien, den von Sowjetrußland vorgeschlagenen und von Frankreich genehmigten Ostpakt zu unterzeichnen.



„Gestern sagten Sie doch noch Ihrer Frau, Sie wollten mich ermorden . . .?“
„Ach was, die Alte sieht und hört ja nichts.“

August Forel

Rückblick auf mein Leben

(Verlag der Buchergilde Gutenberg ZL 11)

Die Morphiumtote

Eines schönen Tages hatte ich eine sonderbare Heberatschung. Man brachte mir eine schöne Lortz, deren Abfender ich nicht kannte. Als meine Frau sie anschnitt, fanden wir darin Morphiumpulver und viel Morphiumpulver verpackt. Da ging mir ein Licht auf. Wir hatten einen Morphiumtoter in der Anstalt. Weitere Untersuchungen über den Abfender ergaben, daß eine Dame diese Gegenstände in der Konditorei hineingebracht hatte; doch war die Adresse statt an den Patienten, aus Versehen an mich geschrieben worden! Ein schöner Fehler in den Mitteln, welche die Morphiumtoten benötigen, um ihrer Sucht gegen ihren eigenen Vorteil nachzugehen. (Entnommen dem Kapitel: Arbeitshebe.)

Der Zahnarzt und der Plachlater

Nun kam für mich ein erschreckendes Ereignis. Der treue Zahnarzt Herr Jakob Böhnhardt hatte immerfort meine Zinken zu sich genommen und verschiedene derselben abgelehrt. Immer mehr schämte ich mich, in dieser Weise als Fremder vor einem einfachen Zahnarzt in der Zinkenbehandlung überflüssig zu werden. Es wurde mir immer klarer, daß etwas bei mir fehlte, und dieses Etwas war mir sozulegen in vier Minuten bewußt. Eines Tages — es war der 1. Juli 1886 — kam Herr Böhnhardt zu mir und sprach wieder über einen Zinken. Nun sagte ich ihm: „Herr Böhnhardt, ich weiß nicht, wie ich Ihnen für alle Ihre aufopferungsvollen und ergebnisreichen Mühen bei meinen Krankheiten danken soll, ich bin ganz bekümmert, aber erklären Sie mir eins: Ich bin Plachlater. In Stellung der Kranken als Direktor der Arznanstalt angeht, und Sie sind Schutzmacher, wie kommt es denn, daß ich noch niemals einen Zinken bleibend abgelehrt habe, während Sie dagegen solche Erfolge aufweisen?“ Darauf lächelte Herr Böhnhardt verständnisvoll und antwortete: „Es ist sehr einfach. Herr Direktor, ich bin Zahnarzt und Sie sind es nicht.“ „Na, was?“, sagte ich, „ich fühle es schon lange und ich würde mich im Hissen, daß ich bis dahin immer noch nicht den Mut hatte, es anzunehmen. Ich hätte so die Idee, ich könne schwach werden, es könnte meine Gesundheit oder meinem Leben Schaden tun; ich weiß es nicht. Aber jetzt hört die Sache auf. Hier haben Sie meine Hand, von heute an bin ich Zahnarzt.“ Herr Böhnhardt freute sich sehr darüber und versicherte mir, daß meine Gesundheit nicht darunter leiden würde. Am folgenden Tag unterrichtete mich Herr Böhnhardt, wie ich ein Plachlater werden sollte. Ich war sehr glücklich, denn ich hatte nun einen Zahnarzt gefunden, der mich als Zahnarzt betrachtete. (Entnommen aus dem Kapitel: Junger Ehestand.)

Die Atta columbica (Kolumbische Pilzschüterameise)

Bei unserer Forschungsreise in Columbien gelangten wir im Schatten einer Bananenpflanzung, der Peon mit einer Schaufel ausgerüstet, zu einem der mächtigen Nester der Atta columbica. Es waren deren mehrere in der Umgebung. Ich konnte experimentell feststellen, daß sie zu einer einzigen großen Kolonie gehörten, zwischen deren Einwohnern keine Feindschaft herrschte. Das Ameisennest hatte 3 bis 6 Meter Durchmesser und einen Meter Höhe; es öffnete sich an der Oberfläche in großen Trichtern. Ein Teil der Arbeiterameisen lief mit frisch geschnittenen Blättern hinein, andere mit den braunen undbraunlich gewordenen Insektenhäuten. Diese Tiere schienen zuerst ganz friedlich. Ich wollte aber das Innere des Nestes sehen und belästigte dem Peon mit seiner Schaufel einen großen Querschnitt durch dasselbe zu machen. Raum war das geschehen, so häuften sich die größtenteils Arbeiter wütend auf uns. Der darfsichtige Peon war erschrocken seine Schaufel weg und lief davon. Ich wollte bleiben und beobachten, wurde aber in dem Augenblick an den Händen und bis ins Gesicht von den schneidenden Nadeln der Atta derartig heftig angegriffen, daß ich ebenfalls wunden wurde und mich von den Tieren zu befreien. Diese verfolgten mich rasend viele Meter weit und verbißten sich in meine Kleider und in meine Haut. Meine Hosen mußte ich unten mit Taschenmesser zerschneiden und meine Hände mit Handtüchern bedecken. Dann lief ich mehrmals im Konfession zum Nest zurück und konnte etwa 20 Pilzartenbestimmungen entdecken. Dieselben waren etwa 15 bis 20 cm. lang und 8 bis 12 cm. hoch und enthielten den schwammartigen Pilzarten mit Tausenden von Räden und Ameisen. Es gelang mir trotz allen Wehens der Tiere, einen solchen Pilzarten in eine Schachtel zu legen und mitzunehmen. Am andern Tag war die Schachtel, in die ich den Pilzarten der Ameisen ohne die letzteren gestellt hatte, ganz und gar mit weißen Schimmelfäden ausgefüllt, während die Ameisen jene Fäden immerwährend abschneiden.

Der Mörder der Kaiserin Elisabeth

Am September wurde die Kaiserin Elisabeth von Österreich von dem Anarchisten Vuchek ermordet. Der Verleumdung des letzteren bot mich um ein Gutachten über seinen Geisteszustand. Ich hatte so Gelegenheit, diesen bereits von Lombroso als larvierten Epileptiker bezeichneten Mann im Gefängnis näher zu beobachten. Es war ein durchaus abnormer, impulsiver und rabiatler Psychopath. Ich begutachtete ihn auch als solchen; er wurde trotzdem verurteilt. Vuchek forderte später selbst dafür, daß ich recht behalte, indem er aus einem wichtigen Beweismittel mich ihm nur ein Buch, statt zwei aus der Gefängnisbibliothek zu gleicher Zeit gab, einen Mordanschlag auf den Direktor verübte. (Entnommen dem Kapitel: Ebtigau.)

Sonderbarer Fall doppelten Bewußtseins

Einen sonderbaren Fall möchte ich noch kurz erwähnen. Ein junger Herr kam zu mir, zeigte mir eine Nummer der „Frankfurter Zeitung“, worin das rätselhafte Verschwinden eines Herrn aus Australien berichtet war, und sagte verzweifelt zu mir: „Das muß ich sein, aber ich weiß nicht mehr davon.“ Nähere Fragen brachten mich zu der Ueberzeugung, daß der Mann ein höchst seltener Fall doppelten Bewußtseins sein müsse. Er war dem Selbstmord nahe, und ich riet ihm, freiwillig für eine kurze Zeit in die Anstalt einzutreten, ich wollte ihm dann helfen. Er tat dies sehr gern. Nun stellte sich heraus, daß er in der Tat volle acht Monate seines Lebens, mit Einschluss der Hin- und Rückreise nach Australien, vollständig verwesen hatte. Es gelang mir, nicht nur sein Verhältnis zu seinen Eltern und Behörden wieder in Ordnung zu bringen, sondern ihn auch im Lauf von mehreren Wochen durch Hypnotismus vollständig von seiner Amnesie zu heilen, so daß langsam alle Erinnerungen wieder zum Vorschein kamen. (Entnommen dem Kapitel: Drang nach Ruhe und freier Arbeit.)

Tod des Sohnes Eduard

Einmal ist ich von meiner Frau ein Telegramm: „Eduard Embolie, sofort zurückreisen.“ Ich war wie zerstückelt, der deutsche Großkreuzer des neutralen Ordens, Herr Paul Reiner, ein Freund Eduards, hand mir bei. Der nächste Tag ging ein nachmittags 5 Uhr ab. Mit meiner ganzen Kraft raffte ich mich auf und wohnte noch bis halb 5 Uhr der Sitzung bei. In furchtbarem Aufreiß wurde ich dann vor Ende der Versammlung zur Bahn und hatte eine schreckliche Nacht. Werde ich Eduard noch am Leben finden? Und dann? Es war wie ein Feuer in meinem Kopf, wo die schlimmsten Gedanken schwirrten und mit Hoffnungsstrahlen abwechselten. Endlich kam ich morgens in Zürich an. Mein zweiter Sohn Eduard erwartete mich: „Schon gestern gestorben“, lautete der Bericht. Ich war wie zu Boden geschlagen, taumelte und schrie förmlich vor Schmerz, ohne mich sehen zu können. Am Tag hatte ich noch Hoffnung gehabt. Jetzt aber war alles aus. Wäre ich nur an seiner Stelle gestorben, das war mein einziger Gedanke. Und seine arme Mutter! Und seine Prout! Wäre seine Hoffnung — alles zunichte. Daher lud ich zum Theobaldinum und fand dort meine Frau wahrhaft beladen mit Tränen, alles aufschreiend, die Braut am Boden niederzuckert und sprosslos in ihrem Leib; die bereits sezerte Leiche Eduards im Sarg.

Es war zuviel, und ich wäre ganz in meinen alten Jugend pessimismus zurückgefallen, wenn meine Handhabe, edle Frau mich nicht aufrecht hielt und mich an meine Lebenspflichten ermahnte. Durch ihren Mut wurde ich, wurden wir alle förmlich bekehrt. Also weiter arbeiten und auch die arme Braut mit ihren vernichteten Hoffnungen trösten. Dies tat ich auch mit allen Kräften. (Entnommen dem Kapitel: Tragische Ereignisse.)

„Erfolg“

Lion Feuchtwangers Münchener Zeitroman

Ein Schriftsteller kommt in diesem Roman Lion Feuchtwangers vor. Er heißt Jaques Tüverlin. Der Mann Jaques Tüverlin hat sich selbst eine Aufgabe gestellt: die Toten sollen nicht länger das Maul halten. Er will für zahllose Tote das Wort führen. Darum schreibt der Schriftsteller Tüverlin das Buch: die Geschichte des Unrechts im Lande Bayern.

Feuchtwanger nennt den Roman „Erfolg“ im Untertitel „Drei Jahre Geschichte einer Provinz“. Seit dem Erscheinen des Buches in Deutschland sind vier Jahre ins Land gegangen, die das Gesicht Deutschlands von Grund auf veränderten. Feuchtwanger lebt heute im Exil. Sein Buch vom Unrecht im Lande Bayern ist nun im Amsterdamer Querido-Verlag aufs neue erschienen. Und siehe! Was uns damals in der scheinhaften Geborgenheit der ersten Republik Deutschland als Schlüsselroman“ der erledigten Sturm- und Drangzeit Bayerns nicht unmittelbar berührte, was uns formalinhaltlich zu weit ausgesponnen erschien, das erstreckt nun erst, nachdem die längst ausgehöhlte Herrlichkeit der deutschen Demokratie zerfällt am Boden liegt, im unbarmherzigen Licht lauterer Wahrheit.

Die Toten hatten das Maul gehalten. Keinem war gelungen, die unbekanntenen Soldaten und Frauen, die der Feme und dem ebenso grauenhaften Unrecht der Justiz zum Opfer fielen, zum Reden zu bringen, zum mißtönenden Schrei, der die gutgläubigen Laien, — auch wir gehören zu ihnen, mea culpa, maxima culpa, — zum Aufhorchen brachte. Erst mußte das Unrecht, jahrelange Saat unermüdlicher Todfeinde der Menschlichkeit, in fürchterlicher Ernte aufgehen, die hinsiehende Republik vollends abwürgen und Europa endlich mit an den Abgrund von Deutschlands eigenem Totentanz hinreißen. Was 1933 geschah, was sich vielleicht 1935 vollenden wird, diese Kette vom Mord und Unrecht, die zur Weltgeschichte wird, sie wurde in den Jahren 1920 bis Ende 1923 im Lande Bayern verhängnisvoll geknüpft.

Die Schwerindustrie ist schuld! Die Großagrarien sind schuld! Gewiß! Auch die Geschichte Feuchtwangers bestätigt dies Versäumnis der zagenden Revolutionäre von 1918, die zuerst den größten Zusammenbruch der europäischen Geschichte liquidieren mußten und dann ihre Stunde verzögerten, um die Revolution weiterzutreiben. Aber die Westmächte hielten den Rhein besetzt, an der Ruhr war „das Herz Deutschlands“ unmittelbar bedroht! Die Räte-Regierung in Bayern brach zusammen. Graf Arco mordete den Ministerpräsidenten Eisner auf offener Straße. Reichswehr hauste in München und seiner Umgebung wie ein Jahrzehnt später die braune Soldateska Hitlers. „Verräter verfallen der Feme!“ Wer den Freikorps-Jünglingen um nationalistisch-völkische Fanatiker als „Verräter“ gilt, wird umgelegt, wird gekillt.

Eine einzige Spur von Blut und Mord ist die deutsche Geschichte in den ersten fünf Jahren nach ihrer Geburt. Erzberger, Rathenau, die idealistischen Literaten um Eisner und unzählige Proletarier, Männer und Frauen, bezeichnen den furchtbaren Weg. In Bayern sitzen die Mörder, in Bayern halten sie sich verborgen, geschützt und gehütet von der bäuerlich-katholischen Bürokratie, die sich den Ideen des „toten“ Berlins nicht beugen will, die nur ein Ziel kannte: ihre Unabhängigkeit von Berlin.

Hier ist der Kernpunkt. Hier sitzen die wahrhaft Schuldigen am deutschen Unglück, das zuguterletzt sie selbst, die sichtbaren und unsichtbaren Drahtzieher mit in den Abgrund schleuderte. Bayerns Staatskommissar zur Zeit des armseligen Hitlerputsches von 1923, Herr von Kahr, in dessen Namen und für dessen Partei die willige Justiz die Zuchthäuser Bayerns mit Unschuldigen füllte, hat das Unrecht das er gewissenlos verüben ließ, am 30. Juni 1934 selbst mit

dem Leben gebüßt. Die Regierenden des Landes Bayern, bauernschlau, kommerziell, gebrauchten die Völkisch-Nationalen, gebrauchten den Beginn der Hitlerei zu ihrem eigenen Zweck. Keiner war schuldiger, keiner ist schuldiger an der deutschen Tragödie als diese Regierung. Ohne ihre tatkräftige Unterstützung hätten Schwerindustrie und Agrarier niemals das Hakenkreuz zum Symbol des Vaterlandes erheben können. Man kann die deutschen Geschicke nur begreifen, wenn man diese bayrische Vorgeschichte kennt. Sie wird im Buch Feuchtwangers noch einmal atmende Wirklichkeit: nun haben die Toten das Maul nicht mehr gehalten!

Um eine einfache Fabel, — die Geschichte des unpolitischen Mannes Martin Krüger, der unschuldig zu drei Jahren Zuchthaus verurteilt wird und elend in der Zelle zugrunde geht, weil seine Kunststrichung als Museumsdirektor der Regierung nicht genehm war, — geht der tolle Reigen von Menschen und Schicksalen, rollt sich das Erleben des Landes Bayerns während der Jahre 1920 bis Anfang 1924 ab. Das Mädchen Johanna kämpft den vergeblichen Kampf um den Mann Krüger, sie streitet mit Ministern und Industriellen, sie streift an den „windigen“ Femegefährten Erich, natürlicher Sohn eines jüdischen Anwalts, der den Vater verleugnet und unter den Schüssen vor der Feldherrnhalle am 9. November 1923 verreckt.

So viele Menschen, so viele Schicksale! Hitler heißt Rupert Kugner. Ein meisterhafter Gestalter ist Feuchtwanger. Auf wenigen Seiten erleben wir den Beginn des Putsches im „Kapuzinerbräu“. Kugner stürmt den Saal mit rauchender Pistole, nach einem einzigen Luftschuß. Er steht neben dem überrumpelten Staatskommissar, er ruft: „Die nationale Revolution ist ausgebrochen. Der Morgen findet entweder eine deutsche nationale Regierung oder mich tot.“ Dann mit starker Stimme: „Maßkrug her!“ Er trank tief. Die begeisterte Menge schaute dabei auf „den Mann mit dem winzigen Schnurrärtchen im neuen, streng geschnittenen, uniformartigen Sportrock, voll des gleichen Gefühls wie in der beliebten Oper Lohengrin, wenn auf silbernem Schwan einer hereinzieht, um im letzten Augenblick Erlösung aus allen Nöten zu bringen.“

Aber neben dem „armen Narren“ Kugner und seinem „Geschwornen“ in Windjacken mit Hakenkreuzen und Handgranaten“ steht ein anderer: der junge kommunistische Ingenieur Kaspar, der nach Nischni-Nowgorod geht und Serienwagen für die Sowjets bauen wird. Er hat den Maler des Bildes aufgesucht dessen Sujet „Gerechtigkeit“ den Kultus- und Justizminister so bitterlich verärgerten, daß man dem Direktor, der es in der staatlichen Galerie aufhängen gewagt hatte, einen Meineidsprozeß andrehte. Kaspar findet den Maler und Patent-Erfinder — im Irrenhaus! Ein unermüdlicher Wahrheitssucher und Wahrheitsfanatiker — wo konnte er in jenen Zeiten des Betrugs aller gegen alle, sich anders hinretten als ins Narrenhaus, in die Schizophrenie. Die Schilderung des grauenhaft vernünftigen Mannes, in dem Kaspar schließlich sein Ebenbild entdecken muß, ist das Menschlichste, ist das Ergreifendste, was in diesen beiden Jahren wertvoller Emigration geschrieben wurde.

Die Toten haben aus ihren Gräbern gerufen. Wir, die wir noch leben, hören schauernd ihren Schrei. Wir legen das reifste Buch Lion Feuchtwangers aus der Hand und sind erschüttert. Was kommt danach? Der Kampf gegen das Unrecht hat erst begonnen, und nie waren die Kerker so überfüllt von geschundener Kreatur. Der Kampf geht weiter, um jenes Deutschland, das der braune Feind überwältigte, aber niemals besiegte.

Grete Link.

Biographie

Als ich klein war, hab ich viel besessen, Kindermädchen, Spielzeug, süße Speisen, und ich hatte stets genug zu essen. Später ging ich viel auf Reisen. Geld besaß ich stets auf einer Bank. Frauen liebte ich und die Betrachtung schöner Dinge, doch ich sank oft in leichte Selbstverachtung. Nur der starke Mann der Weltgeschichte war für mich ein lohnendes Symbol. Ich blieb schwach und schrieb Gedichte wahrheitsfern, gekonnt und hohl. Zukunft schien mir nur ein Plunder, Gegenwart ein nieerlebter Traum. Stillos glaubte ich an Wunder, aufgelöst in einem leeren Raum. Heute bin ich arm und habe die Sorgen aller Armen dieser Welt, und ich weiß nicht, wie ich morgen essen werde ohne Geld. Not lehrt denken und nicht beten. Heute denk' ich klar und hart. Die Gefühle des Aestheten wichen schwerer Gegenwart. Heute weiß ich wie die Stunden, Tage, Jahre derer sind, die geknechtet, zielverloren, kämpfend meine Lehrer sind.

Thomas Eck.

Deutsch! Deutsch! Künstlerische Annexion

Unter diesem Titel lesen wir in „Het Handelsblad“ (Amsterdam):

„In „De Gulden Winkel“ (holländisches Handelsblatt) steht das folgende Zitat aus einem soeben erschienenen Buch von Wilhelm Müseler über „Deutsche Kunst im Wandel der Zeiten“:

„Rembrandt und Rubens werden überall in der Welt, der Stammeszugehörigkeit nach, als Deutsche betrachtet, zum Deutschen Kulturkreis und zur Deutschen Kunst gezählt. Beide stehen in ihrem Wollen und ihrer Weltanschauung keinem anderen Kulturkreis nahe. Rein politisch gesprochen ist die Nachtwache, Rembrandts bedeutendes Kunstwerk, im Jahre 1642 auch auf deutschem Boden gemalt worden. Rubens hat auf deutschem Boden das Licht der Welt erblickt, gelebt und gearbeitet, und ist in deutscher Erde als deutscher Flame begraben worden.“

Die Wochenzeitung „De Vrijheid“ bemerkt hierauf: Sieh hier wieder eine Äußerung der unerträglichen Arroganz der Deutschen, die jetzt in ihrem eigenen Land den Ton angeben. Rembrandt und Rubens werden nirgends anders als in dem größtenwahnsinnigen Teil von Deutschland als Deutsche betrachtet. Rembrandt war vor allem Individuum und steht so weit wie möglich entfernt von der heutigen deutschen Sklavendressur. Es ist klingender Noniens zu behaupten, daß „Die Nachtwache“ rein „politisch betrachtet“ (was bedeutet das eigentlich?) auf deutschem Grundgebiet entstanden ist. Die ganze Welt weiß doch, daß die Amsterdamer Schüßler in ihrer eigenen Stadt dem großen Maler Modell gestanden haben.

Die Nachtwache in Hitlers Stil hätte ganz anders ausfallen müssen: alle Gemalten hätten in Reihe und Glied mit den Händen in der Luft stehen müssen. Aber Rembrandt, der ein Mann war mit einer eigenen Meinung, hätte so etwas nie gemalt. Als Land- und Zeitgenosse von Hitler wäre er ebenso wenig vom Konzentrationslager verschont geblieben, wie ein Teil der Juden, die er in Amsterdam mit soviel warmer Menschlichkeit beobachtete. Und was Rembrandts eigene Zeit angeht: wenn Müseler etwa behaupten will, daß im Jahre 1642 noch eine starke Bindung an Deutschland bestand, tritt er die Wirklichkeit mit Füßen. Die sieben Provinzen waren damals schon lange unabhängig, auch wenn der Friede zu Münster mit Spanien noch nicht geschlossen war.

Was Rubens betrifft, so ist er tatsächlich in Köln (oder in Siegen) geboren, aber das bedeutet nichts. Wie lang der Fall eigentlich? Sein Vater, der in Antwerpen Ratsher gewesen war, war wie so viele Flamen im Jahre 1577 nach Deutschland ausgewichen. Im Jahre 1587 ist er jedoch nach Belgien zurückgekehrt. Von einer besonderen Vorliebe von Rubens für Deutschland kann gar keine Rede sein. Er war mit ganzer Seele ein Flamen. Und Italien, Frankreich und England schienen ihm viel stärker anzuziehen als Deutschland. Rubens ist ein typischer Vertreter der Malerschule von Antwerpen. Er hatte keinen Tropfen deutschen Blutes in seinen Adern. Wenn es so weiter geht, machen die Hitlerianer auch ihren baldigen zu einem Deutschen, weil er schließlich einmal eine Zeitung in Deutschland geleht hat. Dasselbe würden sie wahrscheinlich auch mit Heijermans tun, wenn er nicht zufällig ein Jude gewesen wäre.

Leide

Die tschechoslowakischen Schriftsteller

Mehrere hervorragende tschechoslowakische Schriftsteller haben das folgende Manifest erlassen:

„Die unterzeichneten Mitglieder der Gemeinde der tschechoslowakischen Schriftsteller verurteilen die Geschehnisse, zu denen es in diesen Tagen in den Prager Straßen gekommen ist, und die Gewalttätigkeiten gegen anderssprachige Mitbürger und Mithürger eines anderen religiösen und politischen Bekenntnisses.“

Inbesondere verurteilen wir, daß diese Angriffe gegen kulturelle Institutionen gerichtet waren und dem Universitätsstreit, der von den deutschen Nationalisten entfacht worden ist, zur Verunehrung des guten Namens der Hauptstadt unseres Staates mißbraucht haben.

Wir fordern die gesamte demokratische und antifaschistische Öffentlichkeit, alle arbeitenden Schichten und namentlich die fortschrittliche und gebildete Jugend ohne Unterschied der politischen Überzeugung auf, an ihren Pflichten und mit ihren Mitteln der politischen und sozialen Gefahr solcher organisierter reaktionärer Angriffe entschieden entgegenzutreten.“

Kämpfende Lyrik

Dort, wo die soziale Lyrik stand, war zu allen Zeiten der Geist, die Freiheit, die Menschlichkeit — jenseits dieser Barrikaden graute das Mittelalter. Soziale Lyrik von heute muß antifaschistisch sein, es gibt keine andere Wahl. Was man in Gangsterien mit besonderer Wollust verbrannte, waren die Lieder der Freiheit. Von Walter Mehring flammten zwei Bände auf dem Scheiterhaufen. Nun bringt er einen neuen heraus, betitelt „Und euch zum Trost“ (Verlag Europäischer Merkur), damit „diese Zeit uns wieder singen lehre die guten Lieder eines bösen Spotts.“ Und den beherrscht Walter Mehring in allen gereimten Formen, auch in den Zeichnungen, die er dem Band beisteuert. Die meisten seiner Gedichte sind überflimmert vom Rampenlicht des Kabarett und verlangen Resonanz zu werden. Die Bitterkeit und der anklägerische Zynismus des literarischen Bänkelsangs schwingen in ihnen. Der stattliche Band ist ein einziges großes Lied vom Wahnsinn unserer Zeit, am knappsten in der Sage vom großen Krebs, den Zweijahrestausende ketteten:

„Denn kröche der Krebs aus dem Morast marschierte ein ganzes Heer das würgt und mordet, heßt und haßt ihm hinterher . . .“

Weniger universal, weniger reich und gleichnißhaft kommt Karl Schöng in seinem Bändchen „Kinohaken“ daher. (Malpaartes-Verlag, Luxemburg.) Hier ist alles politisch, alles aktuell, die Stoffe wie frisch aus der Zeitung geschnitten, der Reim einfach und die Pointen auf die rein politische Wirkung begrenzt, der Haß gegen die braune Barbarei aber lodern und unbegrenzt. Wie die Büene, Heine, Herwegh, Freiligrath, sitzen wiederum deutsche Lyriker im Exil, züchtigen deutschen Despotismus und Untertanentrumpsinn. Nur spielt das an die achtzig Jahre später und man liest in dieser Lyrik von Konzentrationslagern, sinnlos zerschlagenen oder „auf der Flucht“ erschossenen Menschen. Die revolutionären

Dichter des Vormärz hatten es in einem wichtigen Punkte leichter: Der gekrönte Despotismus stand zu seiner legalen Kasematten-Barbarei, der braune verordnet geschwundene Massenfoltern und will es nie gewesen sein! „Und unter bruderblutbedeckten Fahnen die Lüge wird zur Weisheit aufgehäuscht . . .“

Ein Zyklus Gedichte, als Chorwerk eingerichtet, hat Genosse Josef Hofbauer herausgebracht (Verlag Gärtner u. Co., Bodenbach). Das mit plastischen Linolschnitten von Trapp geschmückte Bändchen heißt „Wien“ und gilt dem Februaraufstand. Hofbauer — der mit seinem österreichischen „Marsch ins Chaos“ eines der besten Kriegsbücher schrieb — ist Wiener Kind; es ist seine Heimat, die in diesem Zyklus kämpft und wieder einmal für die Freiheit blutet. Diese poetisch gebundenen Wechselreden sind bewußt einfach, lassen das Wort gern hinter dem Geschehen zurücktreten, streben das natürliche Pathos der sozialen Kämpfe an und stehen mit ihrem inhaltlichen Schwergewicht angenehm von der gespreizten, leeren Pathetik unserer Gegner ab. Nicht das Wort soll erschüttern, sondern der Tatsachenbericht, der dramatisch-tragische Ablauf dieses heldischen Kampfes. Am Schluß bleibt die Erkenntnis und der Glaube, daß solche Opfer nie umsonst gebracht wurden und daß ihre Glorie in der Nachwelt verbend weiterleht. So die Wirkung der Dichtung. Das Chorwerk mit seiner Szenerie und Bewegung lehnt sich an die Chorkunst des klassischen Dramas an, eine Kunst, die uns wieder neuerstanden ist und ausreifen muß, ehe Gültiges dazu gesagt werden kann.

B. Br.

Schacht

Lange kann man mit Marken, mit Rechenpfennigen zahlen; endlich, es hilft nichts, ihr Herren, muß man den Beutel doch ziehen.

(Goethe)

„Preußischer Kommiß“ Soldatengeschichten | von August Winnig

August Winnig, der Verfasser der vor dem Kriege erschienenen Schrift „Preußischer Kommiß“, ist heute glühender Nationalsozialist. Er dient der braunen Sache in Wort und Schrift, unter Preisgabe seiner Vergangenheit. Einst, als junger Proletarier, war er zum Sozialismus und zur Sozialdemokratie gekommen, bewegt von den hohen Gedanken der Freiheit und der Menschenrechte. Es gelang ihm, im freigewerkschaftlichen Bauarbeiterverband einen führenden Posten zu gewinnen. Nach der Umwälzung von 1918 wurde er Oberpräsident in Ostpreußen, damals freilich schon in seinem alten Bekenntnis zögernd und schwankend. Sein politisches Ende in der Republik führte der Kapp-Putsch vom März 1920 herbei. Es erwies sich, daß er der zweideutigen Haltung der Reichswehrkommandeure in jenen kritischen Tagen Vor-schub geleistet hatte.

Dann rutschte August Winnig immer weiter nach rechts. Er wurde der Vertrauensmann Hugenberg's und Stinnes, für deren Blätter er seine flinke Feder in Bewegung setzte. Heute ist er einer von den 110-Prozentigen: wildester Nationalsozialist, begeisterter Militarist und nationalsozialistischer Schriftleiter. Sein Buch „Preußischer Kommiß“ hat er längst verlegt, weil es die denkbar schärfste Anklage des militaristischen Kadavergehorsams darstellt, zu dessen Anbetern er heute gehört. Ein Grund mehr für uns, unseren Lesern einige Kapitel aus dem Buche August Winnig's vorzulegen.

I. Fortsetzung

Je länger, desto mehr litt ich unter dem, was ich tagtäglich sehen und hören mußte. Aber ich litt nicht allein. Wir sprachen oft untereinander darüber, und die charaktervollen Leute waren alle von Erbitterung erfüllt. Die meisten waren arme oder doch nur wenig begüterte Burschen vom Lande, die wohl nie auch nur ein leiser Hauch oppositioneller Zeitstimmung gestreift hatte. Jetzt aber hatte sich Rebellensinn ihrer bemächtigt, der freilich nur die Gedanken aufwiegelte oder sich höchstens im vertraulichen Kreise an die Oberfläche wagte.

An einem Sonnabendnachmittag, der zufällig einmal bei uns dienstfrei war, stand ich mit einem Freunde am Fenster und sah auf den Kasernenhof hinab. Es regnete schon seit der Nacht in gleichmäßigem Gusse und der ganze Hof war von Wasserpfützen bedeckt. Der zermürbte, schmierige Kies bildete eine schwarze, heilige Masse. Der Hof war leer. Nur hin und wieder lief eine Ordonnanz eilig darüber. Aber er blieb nicht lange leer. Aus dem Revier des ersten Bataillons traten zwei Leute im Exerzieranzug, es waren Rekruten, wie wir an ihrem Anzug erkannten. Ihnen folgte ein Offizier in langem Mantel, dessen Kragen hoch aufgeschlagen war. Er stellte sich unter einen kleinen Pavillon, steckte die Hände in die Manteltaschen und ließ die beiden Leute exerzieren. Zuerst übten sie langsamen Schritt. „Hoch raus die Beine!“ rief der Leutnant ihnen zu, als sie sich etwas schonten. Die Leute haften mit den Beinen drauf los, daß jedesmal dicke Garben von Schlamm und Wasser aufspritzten. So ging das eine Weile fort. Dann mußten sie marschieren. Schließlich mußten sie im Laufschrift den Hof durchmessen. Der Leutnant kommandierte, immer vom schützenden Pavillon aus. „Hinlegen!“ schrie er. Die Leute zögerten. „Hinlegen!“ Die Beine legten sich zögernd auf die Erde. „Auf! Laufschrift — marsch! — marsch! Halt, hinlegen!“ — Ah, ihr könnt nicht runter kommen; na, vielleicht lernt ihr's noch. Auf! — Hinlegen! Auf! — Hinlegen! Auf! — Hinlegen!“ Das wiederholte sich ein halbes dutzendmal. Schließlich hatten die beiden das richtige Tempo für das Niederwerfen gefunden. Klatschend wippen sie sich in den Morast, um mit gewaltsamen Ruck wieder aufzuschwellen, wie Maschinen. Dann mußten sie noch einige Runden im Laufschrift machen.

„Was mögen die beiden ausgefressen haben?“ fragte mein Freund, ein Gefreiter vom älteren Jahrgang.

„Die haben heute morgen beim Parademarsch gebummelt“, mischte sich ein dritter ins Gespräch. „Sie sind von der zweiten Kompanie.“

Dem Leutnant schien es jetzt genug zu sein. Seine beiden Opfer waren vom Hals bis zu den Stiefelsohlen mit nassem Schlamm besudelt und standen nun vor ihm. Er schien ihnen eine Strafpredigt zu halten. Jedenfalls, um seinen Worten mehr Nachdruck zu geben, haute er jedem einigemal ins Gesicht und jagte sie in die Kaserne. Dem letzten gab er noch einen Tritt mit auf den Weg.

„Es die werden nicht dummer danach!“ krächte ein Mann hinter uns. Es war eine greuliche Hundeseule aus der Gegend von Birnbain.

„Scher' dich raus, du Knecht! Pute dem Leutnant die Stiefel!“ schrie ihm der Gefreite zu.

„Wenn ich bei ihm Bursche werden könnte, würde ich sie ihm schon putzen!“ antwortete dieser.

„Mensch, wat is deit vor'n Knave! Pfui Deubell! Du kap' folter man, so 'ne Kirls künneise hier bruken!“

Wenn der Gefreite aufgezuckt war, redete er stets plattdeutsch. Der andere verfügte sich aus der Stube und wir sprachen nun mit offener Entrüstung über das, was draußen vorgegangen war.

„Wenn ich wüßte, daß es nicht rauskäme, schriebe ich nach dem Generalkommando“, sagte der Gefreite. „Aber das ist ja auch so. Dann suchen sie den Briefschreiber, um ihn ins Loch zu stecken, und der Kunde da kriegt höchstens ein paar Tage Stubenarrest. Und die armen Kerls sind dann erst recht schlimm d'ran. Wir haben's ja bei Stuben gesehen.“

„Ja, wüßte, wo eine Beschwerde Zweck hätte“, sagte ich leise zu ihm.

„So? Wo denn?“

„Reim Vorwärts.“

„Was ist das?“

„Ein Blatt in Berlin.“

„Eine Zeitung?“

„Ja. Es ist die sichtbarste Stelle für unsere Beschwerde.“

„Du, das machst dir heute abend. Aber es darf keiner was davon merken!“

Wir sprachen noch weiter darüber, und als es Abend war, setzte ich mich ruhig an den Tisch und verfaßte den Brief. Kein Mensch fand etwas dabei; denn Briefe werden nirgends mehr geschrieben als beim Militär. Ich schrieb alles, was uns bedrückte, wie wir behandelt würden, wie vom Unteroffizier bis zum Regimentskommandeur alles daran mitarbeitete; ich nannte alle Namen und belegte alles mit Zahlen

und Daten. Als ich fertig war, las der Gefreite den Brief, aber er war mit meiner Arbeit nicht zufrieden. Er winkte mir, hinauszukommen, und schon stieg ein schwerer Verdacht in mir auf. Meinte er es ehrlich? so fragte ich mich besorgt. Aber er meinte es ehrlich. Trotz seiner Unerfahrenheit in öffentlichen Dingen, die erklärlich war, da er dem Kaufmannstande angehörte, hatte er ein gerüttelt Maß von ehrlicher Entrüstung in sich angesammelt. Mein Brief war ihm zu unvollständig, ich hätte noch lange nicht alles geschrieben, was an die Öffentlichkeit mußte. Ich wollte ihm das anreden, aber er ließ nicht nach, ich mußte noch einen Nachtrag schreiben. Nachdem auch das geschehen war, trug er den Brief in die Stadt, denn dem Briefkasten auf dem Kasernenhofe wagten wir unser Geheimnis nicht anzuvertrauen.

Dann warteten wir mit Ungeduld auf ein Zeichen, ob unsere Beschwerde wohl wirken würde. Ob sie der „Vorwärts“ aufnahm, konnten wir freilich nicht wissen, denn in der Stadt war uns keine Stelle bekannt, wo das Blatt zu finden war, so viel ich auch danach forschte. Aber ich zweifelte nicht daran, daß man es tun würde, und ich hatte mich auch nicht getäuscht.

Seitdem waren etwa drei Wochen vergangen. Wir hatten auf der Esplanade „Parademarsch im Regiment“ geübt. Der Oberst hatte dann „die Herren Hauptleute“ zu sich befohlen, während wir einrückten und vor den Kompaniereviere warteten sollten. Es dauerte etwas lange, ehe wir den Platz verlassen konnten, denn der Abmarsch war nur sehr schmal. In Ermangelung einer andern Beschäftigung beobachtete ich die Gruppe der Hauptleute, die mit ihren Pferden einen Halbkreis um den Oberstanz gebildet hatten. Es schien dort eine wichtige Sache verhandelt zu werden, denn der Oberst gestikulierte lebhaft und redete laut. Aber doch nicht so laut, daß wir ihn hätten verstehen können. „Plamasche! Mein Rögimont!“ weiter verstanden wir nichts. Dann marschierten wir ab.

Auf dem Kasernenhofe warteten wir wie alle übrigen Kompanien auf unsern verehrten Herrn Chef. Nach einer Weile kam die Gesellschaft durchs Tor geritten; Flüche und zornige Scheltworte zeigten ihr Kommen an. Ein Blick auf unseren Alten überzeugte mich, daß er wieder in seiner Redelause war.

„Einen Kreis bilden!“ rief er uns gleich entgegen. Wir bildeten einen solchen Redering, er stieg vom Pferde ab und kam in unsere Mitte. Wie gewöhnlich ließ er erst einige wegen schlapper Haltung zum Nachexerzieren notieren, hakte seinen Degen los und fing nach einigem Räuspfern an:

Geld ist Macht, Ruhm, Würde . . .

Pfui über die Mahlzeiten, welche jetzt die Menschen machen, in den Gasthäusern sowohl als überall, wo die wohlbestellte Klasse der Gesellschaft lebt! Selbst wenn hochansehnliche Gesichte zusammenkommen, ist es dieselbe Sitten, welche ihren Tisch wie den des Banquiers füllt; nach dem Gesetz des „Vielzueißel“ und des „Vielerlei“, — woraus folgt, daß die Speisen auf den Effekt und nicht auf die Wirkung hin zubereitet werden, und aufregende Getränke helfen müssen, die Schwere im Magen und Gehirn zu vertreiben. Pfui, welche Wüstheit und Ueberempfindsamkeit muß die allgemeine Folge sein! Pfui, welche Träume müssen ihnen kommen! Pfui, welche Künste und Bücher werden der Nachschick solcher Mahlzeiten sein! Und mögen sie tun, was sie wollen; in ihrem Tun wird der Pfeffer und der Widerspruch oder die Weltmüdigkeit regieren! Zuletzt, um das Lustige an der Sache und nicht nur deren Ekelhaftes zu sagen, sind diese Menschen keineswegs Schlemmer; unser Jahrhundert und seine Art Geschäftigkeit ist mächtiger über ihre Glieder als ihr Bauch; was wollen also diese Mahlzeiten? — Sie repräsentieren! Was, in aller Heiligen Namen! Den Stand? — Nein, das Geld; man hat keinen Stand mehr! Man ist „Individuum“! Aber Geld ist Macht, Ruhm, Würde, Vorrang, Einfluß; Geld macht jetzt das große oder kleine moralische Vorurteil für einen Menschen, je nachdem er davon hat! Niemand will es unter den Scheffel, niemand möchte es auf den Tisch stellen; folglich muß das Geld einen Repräsentanten haben, den man auf den Tisch stellen kann: siehe unsere Mahlzeiten!

Morgenröte, 3. Buch, Gegen die schlechte Diät — 203 —
Friedrich Nietzsche.

Die Extravaganz

Die Großen setzen ihren Stolz darein, in einen Wald eine Allee zu legen, ihre Landgüter durch lange Mauern abzugrenzen, die Decken zu vergolden, zehn Zoll Wasser in die Höhe zu heben, eine Orangerie auszumöblieren; aber ein Herz zufrieden machen, eine Seele mit Freude erfüllen, einer Notlage zuvorkommen oder abzuhelfen — so weit erstreckt sich ihre Extravaganz nicht.

La Bruyère.

Les caractères, IX. — Des grands, page 167/168.

„Also der Parademarsch war im ganzen gut, besonders bei unserer Kompagnie. Der Herr Oberst hat speziell das stramme Marschieren gelobt. Das bitte ich mir aber auch aus! Glaubt nicht, daß ich mir von Euch Bummel bieten lasse! Wer die Beine nicht rausschmeißt, den lasse ich ohne Gnade exerzieren und geniere mich auch nicht, ihn bei erster bester Gelegenheit einzubuchten. Der Herr Oberst konnte es nicht sehen, daß doch einige wieder maßlos gebummelt haben, ich habe mir die Schweine aber doch gemerkt und werde sie jetzt mal raussuchen.“

Er nannte etliche Leute, die gleich nach dem Essen wieder exerzieren sollten. Hierauf fuhr er fort:

„Und dann ist da noch eine andere Geschichte. Eine ganz widerliche Affäre (ich bekam leises Herzklopfen), jawohl, ekelhaft und gemein, hundsgemein! Es gibt ja allerwärts chrole Schweine, die sich ein Vergnügen daraus machen, den guten Ruf des Regiments zu beschädigen. Jawohl! Ich habe es schon gleich gesagt, schreibt nichts von dem, was hier passiert, nach Haus! Das gehört sich nicht und wird auch sehr schwer bestraft. Was in der Kaserne passiert, das geht das Zivil gar nichts an! Das sollte jeder Mann wissen! Leider hat sich also doch ein Schwein gefunden, das was nach auswärts geschrieen hat, und das nun an die große Glocke gekommen. (Des Schuldbewußtseins Röte färbte mein Gesicht und ich nahm genau Vordermann.) In einer Zeitung, die jeder anständige Mensch noch nicht mal auf der Latrine gebraucht, haben verlogene Sachen von unserm Regiment gestanden. (Mein Freund hustete dreist und versuchte mit mir „Tudhfühlung“ zu bekommen.) Stehen Sie da still, verfluchter Heringsbänder! Also solche Subjekte gibt es im Regiment! Nehmt Euch vor diesen Leuten in acht. Die Sache ist weiter nicht schlimm, denn jeder halbwegs anständige Mann weiß, daß es Lügen sind, wenn behauptet wird, hier würden die Mannschaften überanstrengt und mißhandelt. Das wißt Ihr alle! (Hundert Augenpaare trafen mich.) Ich frage nun (mit erhobener Stimme) die Kompagnie, ob dieser gemeine Lump unter ihr ist. Wenn der chrole Kerl etwa in unserer Kompagnie ist, dann trete er vor und verantworte sich. Wenn es nicht geschieht, dann ist damit bewiesen, daß es Lügen sind. — Na, es meldet sich keiner. Natürlich ist solch ein Kerl ja auch zu feig, um für seine Tat einzustehen. Das wollte ich vorher; wenn wirklich so ein Schwein hier drunter ist, dann ist es auch zu chrole, um sich zu melden. Ich muß aber nun doch den Unteroffizieren sagen, daß sie sich vorsehen, und etwas mehr an sich halten. Hat einer einen dickfelligen Kerl, dann darf nicht gleich geschlagen werden; es gibt genug andere Mittel, womit man ihn zahm kriegen kann. Exerzieren, und wenn das nicht hilft, Arreststrafen, und bei solchen Lümmeln, wie diesem hier (Stößen flog durchs zweite Glied hindurch), wird bei der ersten Gelegenheit Tathericht eingereicht. Dann geht es nach der Festung und gleich anschließend auf die Arbeiterabteilung! Jawohl, ohne Federlesen! Rein mit der Schweinehaude!“

Als ich später mit dem Gefreiten allein war, fragte ich ihn, was wohl geschahen wäre, wenn wir uns gemeldet hätten.

„Er hätte uns niedergestochen“, sagte er, „und dann wären wir noch auf die Arbeiterabteilung gekommen.“

Das hört sich sehr unwahrscheinlich an, mir erschien es aber gar nicht unmöglich. Der Hauptmann ist sehr häufig mit geizigem Degen auf die Leute eingesprungen; vom Zustoßen hatte ich aber doch noch immer ein Rest von Besinnung zurückgehalten. Hätte er es aber wirklich getan, so wäre es auch nicht weiter schlimm für ihn gewesen.

Wir hüteten unser Geheimnis mit großer Sorglichkeit. Die Beschwerde hatte wenigstens für einige Wochen die Mißhandlungen vermindert. Doch wir erstickten den Ehrgeiz, das als unser Werk anzuposaunen und freuten uns im Stillen über unsere Tat und ihre Wirkung. Nur der grauhaarige Sergeant, der, wenn ihn Armut und Langeweile plagten, gern zu uns kam, um mit uns plaudern, kniff oft, wenn die Rede auf diese Sache kam, ein Auge zu und fixierte mich unauffällig. Ich ließ ihn ruhig fixieren und machte das harmloseste Gesicht, dessen ich fähig war. Ich war überzeugt, daß er mich im Verdacht hatte; aber er hat nie etwas gesagt, weder zu mir, noch zu andern. Als ich einmal unter Beobachtung aller Vorsichtsmaßregeln eine Parallele zwischen Stübens Beschwerde und der an den „Vorwärts“ gerichteten zog, lächelte er auf seine feine Weise und ging pfeifend davon.

Der große Tag war da, wo die Entscheidung über den Kaiserpreis fallen sollte. Ein herrlicher Sommermorgen mit Tau und Frühnebel und leuchtender Sonne. Und er wachte bei uns ausgeruhte Leute. Ja, diesmal sogar satte Leute. Am Abend vorher hatte es auf Regimentsunkosten Wurst und Semmel statt der üblichen dünnschleimigen Suppe gegeben. Am Morgen gab es noch einmal das gleiche Menü, alles zur Aufbesserung der Stimmung. Denn an diesem Tage hatten die Mannschaften die „Ehre der Kompagnie“ in ihrer Hand. Schossen sie schlecht, so war es um die Gunst der Generalität geschehen. Darum behandelte man uns gut. „Nur in dieser Zeit keine Mißstimmung unter den Leuten, sonst ist alle Arbeit vergebens gewesen!“ schärfte der alte lederne Oberst den Kompagniechef ein.

Es gibt Soldaten, auch wohl ganze Truppenteile, bei denen einige Zentimeter Wurst und einige Semmeln die Erinnerung an alle erlittene Mißhandlungen auslöschen. Bei uns war es anders, von verschwindenden Ausnahmen abgesehen. Seit Wochen hatten wir uns auf diesen Tag gefreut. Wir wollten den Herren doch einmal zeigen, daß man mit geschundenen, beschimpften und geschlagenen Mannschaften keinen Ruhm einheimen konnte. Mochte man uns nachher wieder eckrigeln, das war ohnehin so gewiß wie das Amen in der Kirche, wir mochten gut oder schlecht schießen; wir wollten uns dann aber auch nicht vorzuwerfen haben, daß wir eine herrliche Gelegenheit zur Vergeltung verpaßt hätten. Das war nicht etwa die Meinung eines einzelnen oder einzelner, das war ein geläufiges Thema bei unserer Unterhaltung, bei Rekruten wie bei den „alten Leuten“. Wir sagten uns selbst, daß das nicht „schön“ sei; aber kam es darauf an? Und hatten wir schuld daran?

Laß Dich nicht verführen! war die Parole, wo wir zusammentrafen.

Eine Entlarvung Rosenbergs

Unter dem Titel „Rosenberg als Plagiator entlarvt“ veröffentlicht in den „Neuen Zürcher Nachrichten“ vom 10. und 11. November d. J. (Nr. 30 und 308), dem führenden Organ der Christlichsozialen (Katholiken) der Schweiz, Chefredakteur Hermann Odermatt eine überaus scharfe Attacke gegen den deutschen Kulturdiktator, Reichsleiter in kulturellen Angelegenheiten, Alfred Rosenberg. Diesem aufsehenerregenden Artikel, in dem von katholischer Seite der Schweiz offenbar nur zum Ausdruck gebracht wird, was ihre Glaubensbrüder in Deutschland empfinden, aber nicht äußern dürfen, entnehmen wir die folgenden Stellen:

„Rosenbergs „Mythus des 20. Jahrhunderts“ und Hitlers „Mein Kampf“ sind die beiden heiligen Bücher des „dritten Reiches“. Wer es noch nicht glaubt, der lese den Bericht über die Grundsteinlegung eines Denkmals auf dem Blochholzberg in Oldenburg. In den Grundstein des Denkmals an altdöner Kulturstätte wurde je ein Exemplar Hitlers „Mein Kampf“ und Rosenbergs „Mythus“ eingemauert. Das Symbol für diese offizielle Handlung ist deutlich genug. Die Verewigung der geistigen Fundamente des Nationalsozialismus“. Damit ist aller Welt geoffenbart, welches die heiligen Bücher des „dritten Reiches“ sind.

Nach um die gleiche Zeit erscheint als amtliche Beilage zum Kirchen-Amtsblatt für die Diözese Münster eine 120 Seiten starke Broschüre „Studien zum „Mythus“ des 20. Jahrhunderts“. Wir lesen in dieser leidenschaftslos geschriebenen, streng quellenmäßig sachmännisch bearbeiteten Broschüre das für Rosenberg vernichtende Urteil der Hochgelehrten: Leider ist Rosenberg in seinem Bestreben, schnell von überall her Material gegen die Kirche und das Christentum zusammenzulesen, einem Buche („Tusca“) zum Opfer gefallen, das die ernste Wissenschaft nur mit Kopfschütteln und Bedauern über die geistige Verwirrung des Autors aufgenommen hat: Albrecht Grünwedel (Leipzig 1922).“ Nach Veröffentlichung des Grünwedelschen Buches erschien von dem hervorragenden Kenner erussischer Kunst, Guitav Derbig, eine vernichtende Kritik, worin festgestellt wurde, daß die Darstellungen Grünwedels — vor allem über skulpturale Verwerfungen bei den Erussiern — nicht bei den Erussiern, sondern leider in der eigenen, krank gewordenen Fantasie Grünwedels zu finden sei. Grünwedel hatte sich, wie auf Seite 7 der Broschüre ausgeführt wird,

in früheren Arbeiten einen Namen gemacht, und ist in diesem Buch Wahnsinniger zum Opfer gefallen. Die Beschäftigung mit den uns Europäern fremden und ihrer Verworfenheit auf die Dauer unempfindlichen indischen Höhlenmalereien hat ihn auf den Gedanken gebracht, in fantastischen sexuellen Verwerfungen das Leitmotiv indisch-buddhistischer Kunst zu suchen und schließlich auch das Rätsel der erussischen Sprache, Mythologie und Kunst aus sexueller Verwerflichkeit heraus zu lösen.“

Von diesem, von der Kritik erst energisch abgelehnten, dann aus Anstand totgeschwiegenen Buche hat sich Alfred Rosenberg, der Reichsleiter in kulturellen Angelegenheiten, der deutsche Kulturdiktator, auf den viel setzen lassen, und er hat überdies den geisteskranken Siegelbügelschreiber verschwiegen, weil er doch als Akademiker mit dem Doktorhut selber verheißt, den Esel zu reiten. Aus diesen Spinnweben eines Geisteskranken hat er seinen „Mythus des 20. Jahrhunderts“ zusammenkompliziert. Risum tenentis amici! Man müßte sich vor Lachen den Bauch halten ob dieses blamabelsten Reinfalls, den die Geschichte dieses Jahrhunderts kennt, wenn der geistige Diebstahl an einem Geisteskranken nicht jene verheerenden Folgen hätte, die wir an der deutschen Jugend bereits konstatieren müssen. Denn Rosenbergs Buch in seiner 20. (!) Auflage ist zum Evangelium des „dritten Reiches“ geworden. Rosenberg steht heute als gewissenloser und urteilloser Plagiator entlarvt da. Jeder einigermaßen gebildete Mensch wird ihn als hemmungslösen Charlatan von den Hochstapeln schütteln.

... Hat die deutsche Wissenschaft den Mut, solches überliefertes Straßentier an den Pranger zu stellen oder gibt sie auch in diesem fräseichen Fall wissenschaftlichen Kurzsichtigkeit zu, daß sie bloß mehr die Prohibitoren des „intellektuellen“ Nationalsozialismus ist?

Und nachdem Odermatt in einzelnen Beispielen nachgewiesen hat, wie der „bei aller Raffinerie doch wieder unendlich naive“ Rosenberg den sexualpathologischen Grünwedel plagiert hat, schließt er mit der Bemerkung: „Schon dieses Exzerpt mag genügend erweisen, daß Rosenberg kein Diktator, sondern eher ein Spätkriter, ein Spätkriter des Hofes und des Fanatismus, ist, den die deutsche Geisteswissenschaft allermindestens in großem Bogen umgeht, wenn sie ihn schon nicht als Faschismuser anprangern darf.“

„Wir greifen durch!“

Aber natürlich nur bei Marcus

Berlin, den 8. Dezember 1934.

Die ganze nationalsozialistische Presse hat eine Sensation. Der Held ist natürlich — wie könnte das auch anders sein? — ein jüdischer Unternehmer. In dem Augenblick, in dem Schacht gemeinsam mit dem „Führer“ sich für die Interessen des Unternehmertums durch Schaffung der Reichsgewerksammer einsetzt und damit die letzte Reihe des nationalen Kampfes, „Sozialismus“ preisgibt, muß die Öffentlichkeit wieder einmal abgelenkt werden. Und für diese Zwecke muß selbstverständlich der Jude herhalten. Das ist doch so einfach, so bequem!

Um die Arbeiter dumm zu machen, ist ein neues Amt „Schönheit der Arbeit“ ins Leben gerufen worden. Die Schürmmer und Profitlächer sollen die Arbeit verschönern! Das glauben natürlich die Nazis selbst nicht! Deshalb haben sie sich einen Juden als Opfer ausgesucht, um bei den Arbeitern Respekt dafür zu machen, daß sie, diese sozialistischen Helden, an nichts anderes, als nur an das Wohl der Arbeitererschaft denken. Ueber dieses Abenteuer berichten zahlreiche Naziblätter unter sensationeller Aufmachung in gleicher Weise u. a. wie folgt:

„Unangemeldet besuchten plötzlich zwei Referenten dieses Amtes die Kunstschlosserei eines gewissen Herrn Marcus in Berlin-Schöneberg. Und der Besuch entsprach ihren Erwartungen mehr, als man erwartet hatte. Ueber der Türe zum Zimmer des Herrn Marcus hängt stolz das Wappen eines Hohlleiters, um den Besucher von der bedeutenden Persönlichkeit des Firmeninhabers zu unterrichten. Dem Herrn Chef geht es auch wirklich nicht schlecht. Seine besten Lieferungen sind Staats- und Kommunalaufträge, die, wie bekannt sein dürfte, auch immer prompt bezahlt werden. Herr Marcus kann also bestimmt nicht über schlechten Geschäftsgang klagen.“

Seine Belegschaft umfaßt etwa 100 Mann. Man hätte annehmen sollen, daß der, wie man so sagt, „aufstuferte“ Chef für diese vielen fleißigen Hände, die seinem Wohlstand dienen, das entsprechende Verhältnis aufgebracht hätte. Aber für solche Dinge scheint der Chef ein weniger scharfes Auge zu haben als für gute Aufträge. Kein einziger Wachs-

raum ist vorhanden. Dafür erhielten je drei oder vier Mann zusammen einen alten Zinkeimer, der nach der Ansicht des Herrn Marcus für die Arbeiter als Waschgelegenheit gut genug ist. Die Leitung für das Trinkwasser befindet sich — im Abort, dessen Zustand jeder Weisheitsbana spottet. Häufig Bretter beschlagene Steinröge, die mehr als verwahrloht sind, bilden die ganze Einrichtung.

Solche Arbeitsbedingungen hält also Herr Postkutschlöffler Marcus seinen Untergebenen gegenüber für angemessen! So wagt ein gut verdienender Mann arbeitsfreundliche Menschen zu behandeln! Viel wichtiger ist für ihn die Pflege der Maschinen, die tadellos imstande sind und vor Neugierigkeit geschützt sind. Nach der Ansicht des Chefs ist natürlich der Zustand der Maschinen für seinen Geldbeutel und seine guten Aufträge wichtiger als die Arbeitsbedingungen seiner hundert Arbeiter.

Nachdem die Herren Marcus und Konsorten nicht von sich aus das Empfinden haben, daß derartige Zustände unwürdig und unhaltbar sind, dann muß diesen Zeitgenossen eben auf andere Weise beigebracht werden, daß der nationalsozialistische Staat eine solche Behandlung der Arbeitererschaft unter seinen Umständen duldet und daß gegen solche verantwortungslose Unternehmer entsprechend vorgegangen wird. Das Amt „Schönheit der Arbeit“ wird ein scharfes Auge auf diese Art Arbeitgeber haben und in ähnlichen Fällen zur gleichen Maßnahme greifen: An den Pranger!

Nun wissen wir es: Die schlechten Bedingungen, unter denen die deutschen Arbeiter schuften müssen, sind nicht die Folge der vom „Sozialisten“ Hitler geförderten Profitwirtschaft, sondern eine jüdische Angelegenheit. Daß die Arbeiter beispielsweise in den Penna-Werken des W.-Chemiefabrikanten in denkbar unangünstigen Verhältnissen arbeiten und daß sie in den Fabriken der Chemiemagnaten langsam zu Tausenden dahinsinken — das kümmert die „Referenten“ der „Schönheit der Arbeit“ absolut nicht. Aber der Kunstschlosser Marcus aus Berlin-Schöneberg mit seinem weltberühmten Unternehmen, der hat ihnen angetan! Heil Hitler!

daß sie nicht zur Volksgemeinschaft gehören wollen, indem sie gegen den Staat angehen und in letzter Konsequenz sogar Gewalt ins Auge fassen, so wehre sich der deutsche Staat gegen derartige Elemente, wie das auch jeder andere Kulturstaat tun würde.

Gärung in den Arbeitsdienstlagern

Bremen, 8. Dezember. (Inprek.)

In den Arbeitsdienstlagern Eute und Wildeshausen ist es zu einer offenen Auflehnung gekommen. 60 Jugendliche verlangen geschlossen ihre Papiere, da sie den militärischen Drill und die schwere Arbeit bei ungenügender Verpflegung nicht mehr aushalten vermöchten. Von der Beanspruchung dieser „Arbeitsfähigen“ kann man sich ein Bild machen, wenn man den Dienstplan betrachtet:

- 5 Uhr Becken, Freiübungen
- 6:30 Uhr Frühstück
- 7-9 Uhr Exerzieren
- 10 Uhr Ausrücken zur Arbeit
- 1-2 Uhr Mittagspause
- 2-6 Uhr Arbeit, anschließend Einrücken
- 7 Uhr Flaggenparade.

Nach dem Abendessen bis 11 Uhr nachts oder noch länger Geländeübungen.

Die Vorkommnisse in den Lagern Eute und Wildeshausen sind keine Einzelerscheinungen. Fast täglich flüchten einzelne Jugendliche aus diesen Lagern. Das Arbeitsdienstlager Oberneuland wurde wegen einheitlichen Vorgehens der Jugendlichen gegen militärischen Drill und schlechtes Essen aufgelöst. Das Lager Mariannenhof wurde von der Hitlerjugend besetzt, weil dort 14 Mann ihre Entlassung forderten, unter denen sich auch einige Mitglieder der „Hitler-Jugend“ befanden.

Die Arbeitsdienstler erhalten einen täglichen „Lohn“ von 18 Pfennig.

Drei hohe Beamte gemäßregelt

München, den 8. Dezember 1934.

Hier ist ein sensationeller, vielbesprochenen politischer Beamtenklub erfolgt. Der frühere Polizeidirektor von Augsburg, Dr. Eichner, hatte am 29. Januar 1933, also vor Hitlers „Machtergreifung“, an das bayerische Innenministerium einen Bericht gerichtet, in dem er die Nationalsozialisten nicht nur mit den Kommunisten auf die gleiche Stufe stellte, sondern sich auch in unbedeutenden Ausdrücken mit ihnen beschäftigte. Wenige Wochen nach der Revolution trat er jedoch der NSDAP bei und wurde, also vor Hitlers „Machtergreifung“, in ein Reichsamt berufen. Der bayerische Innenminister Wagner, der erst jetzt von dem Bericht Eichners Kenntnis erhielt, veranlaßte seine Inhabnahme. Die beiden Personalreferenten des Ministeriums, deren Aufgabe es gewesen wäre, den Minister über diesen Mann zu informieren, wurden zur Rechenschaft gezogen. Auch der Staatsrat des Innenministeriums hat aus dem Fall die Konsequenzen gezogen. Die drei Beamten mußten ihre Ämter verlassen.

Haubach und Mischler

Verhaftungen in Berlin

Berlin, 4. Dezember.

Der frühere Presschef des Berliner Polizeipräsidenten, Dr. Haubach, und der frühere Geschäftsführer des Deutsch-Österreichischen Volksbundes, Dr. Mischler, sind verhaftet worden.

Man ist hier sehr verwundert, daß die Verhaftung damit begründet, beide seien illegal für die Sozialdemokratische Partei tätig gewesen. Davon kann gar keine Rede sein. Diejenigen, die es genau wissen müssen, erklären, daß beide Verhaftete von Anfang an abgelehnt hätten, sich illegal zu betätigen. Dazu kommt, daß Dr. Haubach bereits längere Zeit im Konzentrationslager befunden hat und entlassen wurde, weil man feststellen konnte, daß zwischen ihm und den sozialdemokratischen Kreisen gar keine Fühlung mehr bestünde. Haubach hat sich dann als Geschäftsführer betätigt und damit nicht nur sich, sondern auch seine alte Mutter ernährt, die gelähmt und daher arbeitsunfähig ist.

Man vermutet, daß Haubach sowohl wie Mischler nur deshalb verhaftet wurden, weil die Gestapo vergebens sich bemüht hat, die Fäden der illegalen sozialistischen Propaganda aufzudecken, und mit der Festnahme von Haubach und Mischler nun ihre Tüchtigkeit beweisen will. Mischler selbst ist niemals sozialdemokratischer Funktionär gewesen.

71 Monate Gefängnis

Gauleiter Simon exerziert das Gericht

Koblenz, den 3. Dezember 1934.

Das Hauptressort des Gaues Koblenz-Trier-Birkenfeld der NSDAP, teilt mit:

Vom Sondergericht wurden am Freitag wegen Aufstellung bzw. Verbreitung unwahrer Behauptungen über den Gauleiter Staatsrat Guitav Simon und wegen Vergehens gegen die Verordnung des Reichspräsidenten zur Abwehr heimtückischer Angriffe gegen die Regierung der nationalen Erhebung vom 21. März 1933 zehn Personen zu Gefängnisstrafen von insgesamt 71 Monaten verurteilt.

Im Verlauf der Verhandlung nahm der Gauleiter Staatsrat Guitav Simon selbst das Wort zu arundständlichen Ausführungen über den unabwehrbaren Schaden, der durch böswillige oder leichtsinnige Verleumdungen, die das Vertrauen des Volkes zum Führer und seinen Mitarbeitern untergraben, angerichtet wird.

Der Widerstand wächst

Was eine führende holländische Zeitung berichtet

Wir entnehmen aus der „Post Scripta“ der Haagseu Post:

Groß ist die Zeit — doch klein sind die Portionen — Was hilft es uns, wenn Hitlers Fahnen wehen? Wenn unter diesen Fahnen heute schon Millionen Viel weniger Brot und keine Freiheit leben.

(Augsburger Arbeiterlied)

Das über dieser „Post Scripta“ stehende Liedchen wird nun von vielen gesungen. Die Unzufriedenheit sucht einen Weg ins Freie, und sein Terror kann sie mehr zurückhalten. Die Zahl der Unzufriedenen und der Wegner ist zu sehr gewachsen. Man kann sie nicht mehr alle gefangen nehmen. Man sucht manchmal einige Opfer aus, aber das kann die anderen nicht mehr zurückschrecken. Vor allem auch in der Studentenwelt — ein böses Zeichen für die Stimmung unter der Jugend! — nimmt die Widerständigkeit zu. Die Dürftigkeit muß sich in vielen schiden. Es ist bekannt, daß die Korpsstudenten es gewagt haben, die erzwungene Verbindung mit den nationalsozialistischen Vorkurschäften zu brechen. An verschiedenen Universitäten hat sich die große Wehrheit der Studenten geweigert, der auf hohen Befehl angeordneten Feierlichkeit zur Erinnerung an Hitlers Putz in München vom 9. November 1923 beizuwohnen. Wir kennen Hochschulen, wo der Prozentsatz der Teilnehmer nur sehr klein war. Vor einigen Wochen mußte der Leiter einer Studentenliste einer berühmten Alma Mater in Preußen bekannt machen, daß er den durch viele Jahre festgehaltenen Preis für eine Mahlzeit erhöhen mußte. Die Studenten lehnten sich dagegen auf. Aber der Mann sagte zu den unglücklichen jungen Leuten: „Es ist eure eigene Schuld. Ihr habt das „dritte Reich“ gemißt, und das „dritte Reich“ hat alles teurer gemacht.“ Es wurde bestig gegen diese vermeintlichen Worte protestiert. Was wagte der Mann da auszusprechen? Aber er ließ sich nicht abbrechen. „Ich wage es zu wiederholen“, sagte er. „Das „dritte Reich“ sollte alles besser machen; es ist aber alles nur noch schlimmer geworden.“ Das ist, wie gesagt, schon einige Wochen her. Aber es hat keine läßlichen Folgen für den tollkühnen Mann gehabt. Es gibt im Augenblick zuviel, die so sprechen. Mit der Beschaffung von Brot geht es noch lange nicht gut.“

Das Land der Korruption

Koblenz, 2. Dez. Der frühere Ortsgruppengeschäftsführer H. H. von der Ortsgruppe Schentendorf hatte sich vor dem Schwurgericht zu verantworten. Die Anklage war ihm Untreue und Unterschlagung von Geldern der NSDAP vor. In der Verhandlung wurde der Beweis erbracht, daß H. H. sich der Unterschlagung von etwa 1100 Reichsmark schuldig gemacht hatte, was auch aus dem Bericht der beiden Revisoren zu ersehen war. Der Staatsanwalt beantragte 2 Jahre Zuchthaus, Aberkennung der Ehrenrechte auf 3 Jahre und 100 RM. Geldstrafe. Das Gericht erkannte wegen Untreue, Unterschlagung und Unterschlagung auf ein Jahr und sechs Monate Zuchthaus und drei Jahre Ehrverlust, sowie 100 RM. Geldstrafe.

Die SAP.

Das Urteil im Hochverratsprozeß

Berlin, 3. Dezember.

Der zweite Senat des Volksgerichtshofes hat das Urteil gegen die 24 Leiter und Mitarbeiter der „Sozialistischen Arbeiterpartei“ (SAP) und ihrer Jugendorganisationen des „Sozialistischen Jugendverbandes“ (SJB), gefällt, die unter der Bezeichnung „Die neue SPD“ illegal arbeiteten.

Was auf fünf Jugendliche im Alter von 16 bis 21 Jahren, die freigesprochen wurden, hielt das Gericht sämtliche Angeklagten der gemeinschaftlichen Vorbereitung zum Hochverrat überführt. Die drei Mitglieder des „Führerkollegiums“, der 37jährige Max Koblitz, der 34jährige Klaus Zwelling und die 21jährige Edith Baumann erhielten je drei Jahre Gefängnis. Weitere Angeklagte erhielten Gefängnisstrafen, die sich bis zu einem Jahr drei Monaten abhäuften. Diejenigen Angeklagten, die nach der Aufhebung der ersten Reichsleitung als Hauptverantwortliche die illegale Tätigkeit weiter fortgesetzt hatten, wurden zu Zuchthausstrafen von je zwei Jahren verurteilt.

Den Verurteilten wurde die Unternehmungsbau durchweg in voller Höhe angerechnet, so daß Gefängnisstrafen bis zu einem Jahr drei Monaten als verbüßt gelten.

In der Urteilsbegründung wies der Vorsitzende darauf hin, daß Grundlage der Entscheidung nur dasjenige gewesen sei, was die Angeklagten entweder in der Hauptverhandlung selbst zugestanden hätten oder was ihnen durch Zeugen nachgewiesen worden sei. Wenn von ausländischer Seite versucht worden sei, während der Verhandlung Einfluß auf das Gericht zu nehmen, so sei dazu zu bemerken, daß sich der Gerichtshof ebensowenig wie jedes andere deutsche Gericht durch derartige Machenschaften irgendwie beeinflussen lasse. Wenn Menschen durch ihre Handlungen gelaten,

Durchs Guckloch

Legitimus ist ein Fremdwort, und dazu noch ein mißbildetes; es verkuppelt lateinisch ausgedrückte Sache und griechisch sich gebende Betrachtungsweise zu einer unserer modernen Wortungeheuerlichkeiten. Schon allein deshalb dürfte die Anziehungskraft des Begriffs auf das breitere Publikum, das erst nachschlagen muß, ob man Legitimus nicht etwa essen oder auf den Hut garnieren kann, nicht sehr groß sein. Noch viel weniger, als zum scheußlichen Namen kann man aber zur Sache wärmere Beziehungen des schlichten Menschen vermuten. Es ist nicht einzusehen, wie so etwa ein Grabenkuli, der seine sieben Stunden am Tage mit nacktem, schweigendem Leib vor der Kohle liegt, jeder Minute seines Lebens dennoch froh, die ihm schlagende Wetter oder zusammenbrechendes Gestein nicht geraubt haben — wie so solch ein menschlicher Stollenwurm oder irgendein anderer Prolet begeistert für die Sache des Legitimus werden und sein könnte! Ob und wann ein Thronfolger in seiner Nähe rechtmäßig gezeugt und geboren worden ist, darum würde er nie befragt. Ein- und ausgerichtet wurde der Thron in grauer Vorzeit, in der man noch keine Steinkohlen schürfte und Sicherheitslampen probierte. Man kann sich vielleicht mit dem Legitimus abfinden, wenn man politisch bequem und philosophisch denkfaul ist: Aber begeistern können sich doch eigentlich für prinzipielle Windeln und was zu ihrem Gefühlskomplex wie Rechtsbereich gehört, nur solche Leute, die am Gegenstand verdienen. Ein Hofrat mag Legitimist sogar durchwachsen sein! Auch eine Kammerdame, die einen guten Vortrag hat, weil ein Prinz sowohl ihre Kehle wie ihre Waden zu schätzen weiß, mag das Fährlein des Legitimus schwenken. Aber was soll mit Namen und Sache der sogenannte Mann aus dem Volk?

Nicht nur in Alt-Oesterreich, aber dort vorzugsweise und in besonders pittoresker Versteinerung, was mit Habsburg, spanischer Etikette, dem Radezki-Marsch und der Wiener Operette zusammenhängen mag, gibt es Legitimisten — in Wien. Sie veranstalten jetzt, alle zusammen als „Eiserner Ring“, wie sie sich ihre Fräcke und ihre Kniehosen eigentlich beleidigend nennen, eine Vaterländische Kundgebung zum 22. Geburtstag Ottos von Habsburg. Alle Wiener Blätter nennen als dort erschienen oder in Equipage aufgefunden auch die natürlich Interessierten am Legitimus, als da wären: „Feldmarschall Erzherzog Eugen“, „Erzherzogin Maria Theresia“, der Herzog und die Frau Herzogin von Hohenberg“, die Gattin des Bundeskanzlers, Frau Herma von Schuschnigg“, der oben erwähnte Hofrat und die besagte Kammerdame. Alles das ist aufs Wort zu glauben: sie sind aus ökonomischen Gründen, die keineswegs verachtet werden sollen, teils für den angestammten Thron, teils für den zugehörigen Altar; also begeisterte Legitimisten! Aber nun heißt es im offiziellen Feuillett, wiedergegeben beispielsweise im „Neuen Wiener Journal“ (Nr. 14729), wörtlich weiter: „Bundesfürsorgetrat Prisching verdolmetschte die Gefühle der breiten Masse der österreichischen Bevölkerung, insbesondere der Wiener, und verwies darauf, daß zahlreiche Angehörige der Arbeiterbevölkerung in den überfüllten Sälen sich eingefunden hätten.“

Daß Du die Nase im Gesicht behälst, mein lieber Bundesfürsorgetrat! Die Arbeiter Wiens werden sich freilich freuen dürfen, daß sie im Zeichen der Ausrottung ihres Marxismus derartige gesellschaftliche Karrieren gemacht haben, daß sie mit einem Male als hofmäßig, nein sogar hofbegehrt erscheinen. Es muß doch wohl also mit ihrer Sache nicht ganz schlecht stehen, wenn man sie so am Rocksärmel direkt in die gute Stube mitziehen will! Diese Erweiterung seiner Granden-Tafel hätte man dem alten Franz Joseph vor zwanzig oder dreißig Jahren einmal vorschlagen sollen! Ja, so schnell reitet, trotz alledem, die Weltgeschichte! Wenn das aber so weiter gehen sollte, nicht nur in Wien — was steht denn dann schließlich noch im Wege, daß man einen ollen ehelichen Hamburger Dockarbeiter oder einen schwindelhaften Leinwandweber aus Chemnitz künftig in der „Eleganten Welt“ neben der Frau Kultusminister Rust im lezten Tennisdreß oder dem Baron von Buxbaum auf der Hochzeitsreise am blauen Nil zeigen würd?

Krieg soll immer sinnlos sein. Der folgende ist es immer besonders: Die tschechische Universität Prag fordert jetzt auf Grund eines Universitätsgesetzes von 1920, das aber in den rigorosesten Formen nie ganz angewendet worden war, die Insignien der Prager deutschen Universität ein, die ihr damals zugesprochen worden sind. Es handelt sich um uralte Rektoren-Amtsketten, Dekan-Stäbe, kurz um ein halbes kulturhistorisches Museum. Warum diese ehrwürdigen, aber doch auch nicht gerade lebensnotwendigen Requisiten gerade jetzt restituieren werden sollen, ist nicht ersichtlich. Die deutschen Akademiker haben sich denn auch schon auf die Hinterbeine gesetzt und wübeln nur so zornig mit den Schweifchen: Der Senat der Karlsuniversität tagt bei solcher Hochspannung der interkulturellen Beziehungen, nach dem in Serajewo der Barschen und Füchse, wie er sogar öffentlich mit Leonidas dem tschechischen Xerxes: „Die Waffen? Sie mögen kommen und sie sich holen!“

Man sollte meinen, für Kinderreien wären für beide Seiten die Stunden jetzt wirklich zu schade, in denen die Staatsmänner aller Welt nicht wissen, ob nicht schon in drei Wochen oder in drei Monaten die Kanonen wirklich wieder in Europa donnern werden und ob Millionen sich in neuen Stachelröhren wieder zerlegen lassen. Nicht wissen, wie ganze Klassen vor dem jähen Absturz ins soziale Nichts zu schützen sind und die Mäuler der noch Ungebornen gestopft werden können. Vielleicht ist es aber auch nur Herr Hitler schuld, wenn diese Stimmung einer geradezu infantilen Nationalismus überall ausbricht... Hat er nicht damit angefangen?

F. E. Roth.

Ein Nazi an der Synagogenorgel

Rürnberg, den 3. Dezember 1934.

Der „Stürmer“ teilt schmerzverfüllt mit, daß der Organist der Wöttinger Synagoge, Moritz, eingeschriebenes Mitglied der NSDAP ist. Das Blatt nennt den Mann einen Verräter, der vor ein Gericht gehöre.

Keine Sondermaßnahmen gegen jüdische Einwanderer Eine amtliche französische Erklärung

Paris, 3. Dezember.

Von amtlicher Seite geht der Jüdischen Telegraphen-Agentur folgende Mitteilung zu:

Am Ausland kürzester Meldungen, von denen einige auch in die jüdische Presse Eingang gefunden haben, denen zufolge gewisse in Frankreich durch Gelehrsamkeit oder administrative Verordnungen getroffene Maßnahmen gegen die hier lebenden jüdischen Einwanderer gerichtet oder auf antisemitische Gedankengänge zurückzuführen sein sollen.

Für eine solche Auffassung besteht keinerlei Grund. Es handelt sich bei diesen Gerüchten scheinbar nicht nur um Uebertreibungen, sondern ihnen liegt der Wunsch zugrunde, darzutun, daß selbst das freibeiwillige und duldsame Land Europas die Notwendigkeit einer Art von „Zucht“ vor den Juden erkannt habe.

Es gibt keine einzige von den französischen Behörden getroffene Maßnahme, die gegen die Juden, seien es eingewanderte, fremde oder einheimische, gerichtet wäre. Die in Bezug auf die Arbeit von Ausländern getroffenen Maßnahmen sind ausschließlich mit Rücksicht auf die steigende Arbeitslosigkeit in Frankreich beschlossen worden und finden gegenüber allen Ausländern, gleichgültig welcher Nationalität oder welchem Glauben sie angehören, Anwendung. Antijüdische Diskriminierung gibt es in Frankreich auf keinem Gebiete, weder de jure noch de facto.

Hinzuzufügen ist, daß die Behörden jeden Einzelfall, in dem eine Ausnahme von der allgemeinen Regel möglich sein könnte, ohne daß dadurch die allgemeinen Interessen des Landes gefährdet werden, auf das sorgfältigste prüfen und größte Weisheit aus Gründen der Menschlichkeit walten lassen.

Herriot über den französischen Antisemitismus

Paris, 3. Dezember.

Der frühere Premier und jetzige Vize-Premier Edouard Herriot übergab der Rennerischen jüdischen Zeitung „Der Tag“ die folgende Erklärung:

„Werden die Reaktionen in Frankreich wieder das Haupt erheben, werden sie die Massenfrage zur Diskussion stellen und versuchen, die Lage des Trentin-Prozesses wieder zurückzurufen, so werden wir Ihnen ihnen eine Reaktion erteilen, so einprägsam, daß sie zur Ueberzeugung kommen werden, daß Frankreich kein Platz ist für Antisemitismus.“

Die Juden haben sich ganz in das französische Volk eingelebt. Sie arbeiten loyal auf allen Gebieten mit, ihre Söhne haben mit unseren Söhnen auf den Schlachtfeldern gekämpft; dies nicht nur im letzten Weltkrieg, sondern auch in allen Kriegen seit der Emanzipation der Juden durch die französische Nationalversammlung von 1789. Die französische Kultur wurde durch jüdische Beiträge bereichert, wir sind den Juden für diese Beiträge dankbar.

Die Menschen und Organisationen, die durch Aufwerfen der Massenfrage das französische Volk spalten wollen, spielen mit dem Feuer. Weil die Demokratie tolerant ist, scheint es, als ob sie Fortschritte machte. Aber wir werden einer Sabotage der demokratischen Hauptprinzipien scharf entgegenreten und es nie und nimmer zulassen, daß unsere jüdischen Mitbürger gepeinigt werden wie in anderen Ländern.

Wird die Reaktion von Worten zu Taten übergehen, so wird sie auf den festen Widerstand der großen radikalen Mehrheit des französischen Volkes stoßen, welches nicht allein mit Worten, sondern auch mit Einigung seines Blutes die Ideale von Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit verteidigen wird. Die Juden bilden einen organischen Teil unserer Gesellschaft; wer sie anrührt, greift die Souveränität des französischen Volkes an. Das darf nicht sein!“

Paul-Boncour für die jüdischen Minderheiten

Paris, 3. Dezember.

Am Schlußbankett des Kongresses der Internationalen Liga gegen den Antisemitismus hielt der frühere Ministerpräsident Paul-Boncour eine Rede, in der er daran erinnerte, daß Frankreich im März 1933 auf Grund eines Beschlusses der Juden in Oberschlesien den Völkerverbund eingeladen habe, sich mit den Rechten der jüdischen Minderheiten zu befassen. Trotzdem seien in einem Staat Maßnahmen ergriffen worden, von denen zu Unrecht behauptet wird, daß sie eine vollkommen innere Angelegenheit seien und die anderen Länder nichts angingen. Paul-Boncour erklärte, daß er für den internationalen Kampf gegen den Antisemitismus eintrete, weil dieser Kampf in seinen Augen nichts anderes sei als ein Teil des Kampfes gegen die Verschärfung der Rechtsauffassung. Die Rede Paul-Boncour wurde durch Rundfunk übertragen.

Razzia gegen Ausländer

Paris, 4. Dezember.

Von unserem Korrespondenten

In Paris folgt seit acht Tagen eine Razzia auf die andere. Die nächtlichen Spaziergänger werden von den herumstreifenden Polizisten zur Rede gestellt; die verdächtigen Kaffeehäuser sind genaustens von ihnen unter die Lupe genommen und die Polizeiwagen haben allnächtlich zur Hauptwache am Quai d'Orfèvre all jene verdächtigen Personen gebracht, die bei diesen Razzias aufgefressen wurden und sich bisher wie jeder gute Bürger der Freiheit erfreuen durften.

Die Gesamtsituation dieser Polizeirazzia ist noch nicht veröffentlicht; man hat nach jeder Razzia nur schätzungsweise Zahlen der Deffektivität mitgeteilt. Es sind aber ungefähr 800 Verhaftungen wegen der verschiedensten Vergehen vorgenommen: Uebertretung der Ausweissungsdaten, Landweiderei, verbotenes Waffentragen oder Fehlen von Ausweissungspapieren bei Ausländern.

Die Polizei wird nun aber etwa in ihrem Eifer nicht nachgelassen. Im Gegenteil, es werden nicht nur weiter Paris und seine Vororte systematisch angefaßt, es werden von den neuen Razzias auch die gleichen Razzias in allen Provinzstädten vorgenommen. Jeder Ausländer, der unerwünscht ist, wird unverzüglich zur Grenze gebracht. Es sind sehr genaue Anweisungen gegeben, daß bei Ausweissungen (Expulsionen), die bei diesen Gelegenheiten ausgesprochen werden, kein Adressenaufschub gewährt wird.

Chevalier, der Leiter des Büros des Ministerpräsidenten Claudin, erklärte der Presse: „Die Regierung will nicht, daß Frankreich auch ferner der Sammelkammer für alle diejenigen ist, die als unerwünscht aus ihren Ländern ausgewiesen sind.“

„Apfelschicht“

Das Neueste in Berlin

ist eine „Apfelschicht“, die vom 1. bis 8. Dez. in Berlin ausgetragen wird. 5000 Berliner Geschäfte haben sich als freiwillige gemeldet und sind die Verpflichtung eingegangen, während dieser Werbeweche im Interesse des Erzeugers und des Verbrauchers den deutschen Apfel in den Vordergrund ihrer Schaufensterauslagen zu stellen. Wie der Veranstalter, die Landesbauernschaft Kurmark, dazu erklärt, handele es sich in diesem Jahre darum, eine — veralteten mit der Normalernte — um 150 v. H. reichere Apfelernte unterzubringen.

BRIEFKASTEN

Deutscher in Belanon. Wie kommen Sie dort zu dem Dillern Blatt „Der Deutsche“? Jedenfalls danken wir Ihnen sehr für die Nummer vom 18. November, worin es wörtlich heißt (Bericht aus Neukölln): „Dort hinter den Bahnen marschieren noch unsere Männer aus den Betrieben, so, wie sie den ganzen Tag über an ihrer Arbeitshütte ihre Pflicht tun, — im schlichten Arbeitskleid. Wenn am Tage der Hammer im ewigen Schwingen über das glühende Eisen laßt und die Funken verlodert durch die Luft wirft, dann soll er jetzt in dieser Stunde auf der Schulter seines Weibers ruhen. So, wie der Zimmermann, der Bauer und alle Schaffenden ihr Kleid als heiligere Uniform tragen, so heben sie heute vor uns. Man nannte es damals in Zeiten des Kampfes „Sozialismus“, — aber jetzt ist es „Sozialismus“. Trotz gegen den, der heute noch abseits stehen will und heute noch nicht den Schwanz der Stiere mit dem Schwanz der Hand zusammenlaufen lassen will. Die natürliche Seele und die schweißige Faust streifen sich aus deiner Hand entgegen. Sozialismus, — nur zugespitzt! — Endlich eine Seele, die uns aus den metaphysischen Bezirken die Hand entgegenreckt! Tu laßten wir uns auch durch den zusammenfließenden Schwanz nicht berühren.“

Alter Rürnberg: Sie schreiben uns, daß entgegen unserer Annahme und trotz der parteioffiziösen Warnung vor Byzantinismus den edle Streiter nach wie vor fast täglich im Blide der „Frankfurter Tagzeitung“ erscheint. Dieser Tage (November) fand man darin ein über zwei Spalten reichendes Gruppenbild, das einen Empfang von Variete-Künstlern durch den leitenden Gauleiter darstellte. Unterschrift: Die Variete- und Kabarettkünstler, die am letzten Mittwoch im Wa-Falch eine Vorstellung für das Winterdinnerwert haben, wolle, wie wir bereits berichteten, als Gäste einige Stunden bei Gauleiter Julius Streicher im „Deutschen Hof“. Unter Bild zeigt von links nach rechts, stehend: Gauleiter Julius Streicher, Helmut, Hans, Crepp, Brandt, Gauleiter Julius Streicher, Altmann, Altmann, Köhler, Henniger, Jeno; sitzend: Helmut (Portner), Robert Brunau, Margit Drumb, Margit Brunau, Georgette, Ständartenführer Köppl. — Da Sie uns das reizende Bild, bestimmt für unsere Dokumentenmappe, mitgeschickt haben, so bekämpfen wir Ihnen gern, daß unter den ferien Herrn und Damen nur einer die Größe des Varietes zur Schau trägt: der Herr Gauleiter mit der Heilweissche.

Für den Gesamtkauf verantwortlich: Johann Vih in Dübweiler; für Inserate: Otto Kub in Saarbrücken. Rotationsdruck und Verlag: Verlag der Volkstimme GmbH, Saarbrücken 2, Schillerstraße 5. — Schließfach 776 Saarbrücken.

In der sonnigen, nebelfreien Südschweiz
schöne Villa
in Castagnola bei Lugano
zu verkaufen. Aus bestem Material gebaut.
11 Zimmer, Zentralheizung, Bad, Boiler,
Garage, gr. gedeckte Terrasse. Boot-
haus erbaut 1922, Gesamtfläche 1648 qm.
Ausichtreiche, unverbautliche Lage,
schön angelegter Garten. Wegen Weg-
zug zum sehr vorzuziehenden Preise von
fr. 130.000.—. Seriose Interessenten
wollen sich wenden an Postfach 20323,
Basel I. Agenten unerwünscht.

Faschistische Rechtsbeugungen

Paris, 4. Dezember.

Eine Internationale Juristenkonferenz, die sich mit den Rechtsverhältnissen in den faschistisch regierten Ländern befaßte, fand am Samstag und Sonntag in Paris statt. Zahlreiche Juristen aus den verschiedensten Ländern nahmen an ihr teil, und viele Männer des Rechtes von internationalem Ruf hatten Beteiligungsbescheide erhalten. Maître Delaplane, der berühmte Pariser Advokat, hielt einen kurzen, aber sehr instruktiven Vortrag über „Verteidigungs- und Verteidiger und Angeklagter vor der nationalsozialistischen Justiz“. Er wies darauf hin, daß in dem Staat, in dem sich heute ein Mann wie Göring als „bedeutender Jurist“ gebärde und den Rechtsgelehrten darüber Anweisung gebe, wie sie das Recht zu handhaben hätten, es deute eine Gerechtigkeit überhaupt nicht mehr gebe. An Stelle des Rechtes herrsche die Willkür. Die französischen Anwälte Bourthomin und Oppmann berichteten auf Grund ihrer persönlichen Eindrücke über die Unterdrückung des Rechtes durch die jetzige spanische Regierung.

Maître Campinchi gab einen Ueberblick über die Entwicklung des Thälmannprozesses, der noch immer nicht zum Abschluß gekommen sei. Er wies auf die vielfachen Bemühungen hin, die von allen Seiten unternommen worden seien, um mit Thälmann in Nürnberg zu kommen. Er zeigte, wie unangenehm es der deutschen Regierung sei, den Prozeß gegen den ehemaligen Kommunistenführer, der in keiner Beziehung schuldig sei, unter den Augen der Öffentlichkeit zu führen. Das Gewissen der Welt müsse wachbleiben, weil sonst Thälmanns Schicksal befestigt sei.

Rechtsanwalt Sender-Saarbrücken fand großes Interesse bei seinen Zuhörern, als er ein anschauliches Bild von der nationalsozialistischen Justiz im Saargebiet gab. Eine von der Versammlung einmütig angenommene Entschließung wandte sich gegen die Vergewaltigung des Rechtes durch den Nationalsozialismus und forderte juristische Sicherheiten für alle politischen Gefangenen.